DIE LOGIK DES GÜTERTAUSCHES UNTER VERMÖGENSHALTERN UND EIN PRINZIP ÖKONOMISCHER EVOLUTION

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Wirtschaftswissenschaften
beim Fachbereich Wirtschaftswissenschaft
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Diplom - Volkswirt Thomas Schmid - Schönbein
aus Tübingen

Berlin 1977

DIE LOGIK DES GÜTERTAUSCHES UNTER VERMÖGENSHALTERN UND EIN PRINZIP ÖKONOMISCHER EVOLUTION

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Wirtschaftswissenschaften
beim Fachbereich Wirtschaftswissenschaft
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Diplom - Volkswirt Thomas Schmid - Schönbein
aus Tübingen

Berlin 1977

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Vorsitzender
des Fachbereichsrats: Prof.Dr. K . Jaeger

Referent: Prof.Dr. H. Riese

Koreferent: Prof.Dr. K. Elsner

Tag der mündlichen Prüfung: 27. Juni 1977

D 188

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41549607_0025

Gliederung

Seite

Vorwort 4

Methode und Gehalt von Gleichgewichtstheorien

Kapitel I Die Relevanz der Gleichgewichtstheorie

(1) Totalität des Seins und partielle Anschauung 6

(2) Ereignis und Objekt 7

(3) Die Notwendigkeit statischer Objekterfassung 8

(4) Walrasianischer Auktionator eliminiert den Tausch als Ereignis 9

(5) Die Komplementarität von Sein und Werden 10

Kapitel II Alternative Gleichgewichtstheorien

(6) Der Tausch unter Produzenten, der Tausch unter Haushalten 12

(7) Der Tausch unter Vermögenshaltern 13

(8) Stationäre und Akkumulative Ökonomien 14

(9) Evolutionäre Ökonomie 15

Eine Theorie der Vermögenshaltung

Kapitel III Tauschwertbestimmung im einfachen Warentausch

(10) Die Wirtschaftssubjekte und die Märkte der Ökonomie 18

(11) Erwartung und Anfangsbestände eines individuellen Vermögenshalters (Beispiel) 20

(12) Der optimale Vermögensplan eines individuellen Vermögenshalters (Beispiel) 21

(13) Beispiel eines Totalen Konkurrenzmodells mit zwei Vermögenshaltern und vier Waren 24

Kapitel IV Tauschwertbestimmung im Warentausch mit Leihgeschäft

(14) Der Charakter von Leihgeschäften 27

(15) Beispiele von Leihgeschäften 27

(16) Die Unzulässigkeit von Nicht-Tauschmittel-Werten von Leihgeschäften 29

Seite

(17) Der optimale Vermögensplan eines Vermögenshalters, der eigene und fremde Leihen im Bestand hat (Beispiel) 31

(18) Beispiel eines Totalen Konkurrenzgleichgewichts eines aus Leihen ergänzten Vermögensmarktes 34

Kapitel V Totales Konkurrenzgleichgewicht unter Vermögenshaltern

(19) Der Vermögensmarkt 35

(20) Marktgleichgewicht und Totales Konkurrenzgleichgewicht 36

(21) Die Überschußnachfragefunktionen des Vermögensmarktes und der Homogenitätsgrad 37

(22) Walras' Gesetz 38

(23) Existenz und Eindeutigkeit dieses Totalen Konkurrenzgleichgewichtes 39

Kapitel VI Implikationen eines Totalen Konkurrenzgleichgewichts unter Vermögenshaltern

(24) Die Rationalität einer vermögensgesteuerten Ökonomie 42

(25) Die Nicht-Optimalität des Totalen Konkurrenzgleichgewichts unter Vermögenshaltern in Bezug auf Bedürfnisbefriedigung und Maximaler Akkumulation 42

(26) Vollbeschäftigung in einer vermögensgesteuerten Ökonomie 43

(27) Inflation in einer vermögensgesteuerten Ökonomie 44

Dynamische und evolutorische Aspekte einer Theorie der Vermögenshaltung

Kapitel VII Totales Konkurrenzgleichgewicht und Produktion

(28) Produktion 48

(29) Produktion als Leihgeschäft 48

(30) Die Stellung der Produzenten im Produktionsprozeß 49

Seite

(31) Die Ertragsraten von Produktionsdarlehen 51

(32) Die Inkompatibilität vonVermögenshaltung und Produktion im Totalen Konkurrenzgleichgewicht 54

Kapitel VIII Modelle vermögensgesteuerter Produktion

(33) Produktionsprozesse und Investition 56

(34) Die Liquiditätsprämie von Produktionsdarlehen 56

(35) Implikationen derartiger Liquiditätsprämien 57

(36) Zweistufigkeit der Vermögenshaltungs-Entscheidung 59

(37) Die Determinierung der Produktion durch den Markt für Tauschmitteldarlehen 61

(38) Die Bedingungen, unter denen die Theorie der Vermögenshaltung zum Spezialfall der Klassischen Theorie wird 62

Kapitel IX Evolution und Dynamik

(39) Weltbild und Erwartungsbildung 64

(40) Realität als Ergebnis einer Anpassung an Realität 65

(41) Erwartung und Ungleichgewicht in klassischen und neoklassischen Modellen 66

Zusammenfassung 68

Literaturverzeichnis 70

Lebenslauf 72

Vorwort

In dieser Arbeit wird versucht, die Handlungen der Vermögenshalter zum Ausgangspunkt einer eigenständigen Werttheorie zu machen. Die Geschehnisse auf dem Vermögensmarkt sind nicht das Ergebnis des nutzengesteuerten Verhaltens von Haushalten, sondern das Ergebnis der Handlungen von Subjekten, die den Wert von Gütern und Leihen (einschließlich Geld) an dem Wert messen, den diese Güter und Leihen für andere haben. Diese Vermögenstheorie ist die Logik des Gütertausches unter Vermögenshaltern (Kap.III bis V).

Da die Anerkennung der vorgestellten Theorie davon abhängt, die Explikation prinzipiell anderer als neoklassischer Normen von Ökonomie zuzulassen, werden methodologische Überlegungen betont und nehmen unverhältnismäßig breiten Raum ein (Kap.I und II). Zum anderen konzentriert sich diese Arbeit auf die Explikation dieser Norm, um das Verständnis dieser Norm im Kontrast zur klassischen und neoklassischen Norm zu gewinnen. Die Beweise der Fruchtbarkeit der Theorie können deshalb darauf beschränkt werden, einerseits die logischen Beziehungen von Vermögenshaltung und Produktion (Kap.VII) darzustellen und andererseits den evolutionären Gehalt dieser Theorie (Kap.IX) zu erläutern.

Da dieser evolutionäre Gehalt seinen Ursprung in einem allgemeinen (handlungsorientierten) Evolutionsprinzip hat, läßt sich diese Arbeit auch als ökonomische Anwendung einer nicht-biologischen Evolutionstheorie verstehen. Die Hypothese lautete dann: In einer Ökonomie mit allgemeinem Tauschmittel sind die Vermögenshalter Träger der Evolution.

Die spezifische Stellung der Vermögenshalter im Wirtschaftsprozeß, nämlich die Zirkulation der Güter in Raum und Zeit zu bewerkstelligen, macht diese Wirtschaftssubjekte unabhängig vom unmittelbaren Gebrauchswert und der Produktivität von Gütern. Ihr Interesse gilt dem Gebrauchswert und der Produktivität, den andere Wirtschaftssubjekte diesen Gütern möglicherweise zuordnen, also den nur denkbaren, zukünftigen Gebrauchswerten und Produktivitäten.

Diese Unabhängigkeit gibt ihnen die Freiheit, etwas noch nicht Existentes zum Gegenstand ihrer Handlungen und damit des Gütertausches zu machen. Sie können in dem Sinne der Realität Neues hinzufügen, als sie etwas nur Gedachtes, nur in der Vorstellung Vorhandenes und insoweit Nicht-Reales, untereinander tauschen können. [1] Die Handlungen der Vermögenshalter konstituieren Realität in Anpassung an eine durch ihre Erwartungen gesehene zukünftige Realität. Vermögenshaltung und evolutionäre Ökonomie gehören zusammen.

Die Betonung der Logik des Gütertausches und damit des handlungstheoretischen Gerüsts ökonomischer Theorie impliziert, daß der hier vertretene Ansatz nicht unmittelbar darauf abzielt, eine andere Analyse des Vermögensmarktes (im Gegensatz etwa zum Markt für Konsumgüter) zu liefern. Es geht allein darum, eine andere ökonomische Norm zu propagieren. Der Ansatz steht folglich eher in Konkurrenz zur Klassik und Neoklassik überhaupt, denn zu bestimmten neoklassischen Vermögensmarkttheorien, seien sie monetaristischer oder keynesianischer Provinienz. Deshalb wird im Rahmen dieser Arbeit nur die keynessche Vermögenstheorie analysiert und in einigen Interpretationsvarianten daraufhin untersucht, welche Handlungstheorie (Logik des Gütertausches) ihr zugrunde liegen könnte (Kap.VIII).

---

1) Die Sinnhaftigkeit dieser Trennung von Realität und Vorstellung von Realität bedarf einer erkenntnistheoretischen Begründung; sie ist im Kap.I formuliert.

Methode und Gehalt von Gleichgewichtstheorien

Kapitel I
Die Relevanz von Gleichgewichtstheorien

(1) Das erlebte Phänomen Wirtschaften ist ein Ereignis, das als solches weder einen Anfang noch ein Ende, weder eine geographische noch sonst eine wie auch immer gefaßte Grenze zu anderen erlebten Ereignissen hat. Wirtschaften ist kein an sich anschaulicher Prozeß. Was ihn als anschaulichen erscheinen läßt, ist nichts anderes als die Gewohnheit, die die Grenzen, die Wirtschaften anschaulich machen, tradiert.

Wenn es nicht selbstverständlich ist, was Wirtschaften ausmacht, weil jede Aussage über dieses Phänomen schon eine bestimmte Ordnung voraussetzt, kann die Explikation dieser Ordnung und der sie konstituierenden Grenzen als sinnvoll betrachtet werden. Die Explikation erlaubt es, die Vernünftigkeit dieser Ordnung zu diskutieren und sie möglichen anderen Ordnungen gegenüberzustellen. Andererseits ist dies die Voraussetzung, die Ordnung zu akzeptieren und damit die Totalität des Seins aufzusplittern in ein übersehbares und damit manipulierbares Feld von Objekten und Ereignissen.

Da auch die Explikation der Ordnung die Beliebigkeit der Grenzmarkierungen nicht aufhebt - die Totalität des Seins kennzeichnet nicht einen Punkt ihrer 'Oberfläche' als besonders geeignet, eine Grenze zu ziehen[1] - kann die akzeptierte Ordnung immer nur eine partielle Anschaulichkeit vermitteln. Das bedeutet einmal, die Unmöglichkeit, anderen Ordnungen a priori die Sinnhaftigkeit abzusprechen,

1) Vgl. z.B. Georgescu-Roegen, The Entropy Law and the Economic Process, Cambridge, Mass. 1971, S.66. Die in diesem Kapitel (insbesondere Ziff.(1)-(3)) verwendeten Begriffe und die durch sie repräsentierten Ideen sind im wesentlichen der zitierten Arbeit entnommen.

zum anderen, daß eine bestimmte Ordnung nicht durch Rekurs auf die Realität, die notwendig durch eine bestimmte Ordnung sichtbar wird, verworfen werden kann, sondern allein durch Rekurs auf eine andere.[1] Eine Anschauung und die diese vermittelnde Ordnung ist nicht wahr oder falsch; sie ist angemessen oder nicht. Ob eine 'andere' eine wahre Anschauung ist, kann dann und nur dann beantwortet werden, wenn sie Teil einer allgemeineren ist. In allen anderen Fällen muß das, was angemessen heißen soll, der Diskussion überlassen bleiben.

(2) Die Notwendigkeit, derartige Ordnungen durch Isolation des endlosen Prozesses zu konstituieren, läßt sich auch daran ersehen, daß die Erklärung eines Ereignisses diese Grenzen stets benennen muß. Wenn erklärt werden soll "Der Baum wächst", dann steckt in der Beschreibung des Vorganges selbst der Hinweis auf die Ordnung "Baum", in Bezug auf die das Ereignis des "Wachsens" nun faßbar wird. Ohne diese Grenze wäre das Objekt Baum immer auch Ereignis und damit das Ereignis "Der Baum wächst" weder beschreibbar noch erklärbar. Zur Erklärung eines Ereignisses gehört also ein Objekt, dessen Identität durch das Ereignis nicht berührt wird, das Objekt muß dasselbe bleiben.

Da diese Identitäten nicht selbstverständlich sind, nicht in der Natur des Objekts selbst angelegt (auch wenn sie wie im Fall des Baumes evident sind), muß die Identität qua Ordnungsstruktur sichergestellt werden.

---

1) Dies soll nicht heißen, daß Empirie nutzlos ist. Sie ist nicht befähigt, Ordnungsmuster zu diskriminieren; sie kann keine Anweisung geben, bestimmte Ordnungen als falsch oder richtig zu erkennen. Vgl. Feyerabend, P.K., Wider den Methodenzwang, Skizze einer anarchistischen Erkenntnistheorie, Frankfurt/M. 1976.

(3) Von der Vielzahl möglicher Formen von Ordnungsstrukturen hat sich in der Tradition ökonomischer Wissenschaft eine als besonders fruchtbar erwiesen: die Identität des Objekts Ökonomie wird durch die in ihr wirsamen Kräfte bestimmt. Wird unter Wirtschaften die durch Tausch von Gütern hergestellten Beziehungen zwischen Individuen verstanden,[1] dann sind es die den Individuen unterstellten Handlungen und deren wechselseitige Wirkungen, die dem Objekt Ökonomie seine Identität verleihen. Um nun trotz der prozeßhaften Bestimmung des Objekts nach wie vor die Bewegung, Veränderung, das, was mit dem Objekt geschieht, von dem trennen zu können, was das Objekt ist, müssen die unterstellten Kräfte als Zustand beschreibbar sein. Dies ist dann der Fall, wenn die Kräfte sich gerade aufheben, also im Zustand des Gleichgewichts sind, oder bezogen auf die Handlungen der Individuen, kein Individuum Veranlassung hat, von der (gewählten) Handlung in diesem Zustand abzuweichen.

Die Beschreibung des Objekts muß also auch dann eine statische sein, wenn das Objekt als dynamisches Phänomen angesehen und diese Anschauung mit einer entsprechenden Ordnung zu fassen versucht wird. Die statische Ordnung hat einen implizit-dynamischen Charakter. Andererseits muß beachtet werden, daß die Identitätsbestimmung eines Objekts letztlich ihren Sinn erst im Bezug auf eine (explizit-) dynamische,kausale Analyse erhält. Ohne diesen Bezug bleibt die Identitätsbestimmung eine zwar unerläßliche, aber dennoch eine ästhetische und scholastische Übung.

---

1) Die "Richtigkeit" dieser Tradition ist nicht zu beweisen, sondern bestenfalls aus Gründen der Zweckmäßigkeit zu postulieren. Da die vorgetragene Theorie die Tradition in diesem Punkte akzeptiert, wurde auf eine Diskussion der Vernünftigkeit dieser Tradition verzichtet.

Eine dynamische Analyse, die ein Nacheinander der Ereignisse voraussetzt, dient der Erklärung, warum etwas mit einem Objekt geschieht. Sie liefert erst die Basis für die Beschreibung realer Prozesse, die in der Zeit ablaufen. Die dynamische Analyse muß deshalb auch die Bedingungen angeben, unter denen ihre Aussage gültig sein soll; sie ist eine kausale Aussage.

Diese Bedingungen können so geartet sein, daß die Prozesse im Verhältnis zu anderen so schnell ablaufen, daß der Zeitraum als vernachlässigbar klein angesehen werden kann. In diesem Fall kann von statischen Bedingungen gesprochen werden. Diese Art von Statik ist ein Grenzfall der Dynamik.[1] Sie darf jedoch nicht mit der Statik der Objekt-Beschreibung verwechselt werden. Die Statik der Objekt-Beschreibung ist keine Behauptung über den statischen Charakter der Welt (auch keine näherungsweise), sondern die methodische Voraussetzung einer Trennung von Objekt und dem, was mit diesem Objekt geschieht.

(4) Die statische Bestimmung des Objekts Ökonomie macht es notwendig, den Tausch auf eine der statischen Analyse adäquaten Weise ablaufen zu lassen.

Da der Tausch ein Ereignis ist und folglich in der Zeit stattfindet, bedeutet er ein Nacheinander der wirkenden Kräfte. Dies hätte zur Folge, daß die Wirkung der Kräfte von Zeit und Ort des Tauschaktes und von den je gerade tauschenden Wirtschaftssubjekten abhinge. Offensichtlich verlöre eine solche Bestimmung jeden Grad von Allgemeinheit und - entscheidender - eine kausale Analyse wäre mit einer derartigen Objektbestimmung gar nicht mehr möglich, da zu

1) Samuelson, Paul A., Foundations of Economic Analysis, Cambridge 1963⁷, S.313.

zwei unterschiedlichen Zeitpunkten zwei völlig verschiedene Objekte beschrieben würden, falls in die Objektbestimmung eine Zeitgröße einbezogen würde.

Es ist deshalb unumgänglich, den Tauschvorgang so zu fassen, daß die spezifischen Bedingungen keinen Einfluß ausüben. Zu diesem Zweck wird eine Marktorganisation unterstellt, die mit dem Begriff "Walrasianischer Auktionator" umschrieben ist.[1] Diese Marktorganisation sorgt dafür, daß alle Tauschvorgänge, die vor dem letzten Tauschvorgang, der ein Tausch im Zustand des Gleichgewichts ist, liegen, keinen Einfluß auf die über die Kraft-Wirkung beschriebene Identität der Ökonomie haben.

Es versteht sich, daß diese Marktorganisation keine Ähnlichkeit mit irgendeinem tatsächlichen Markt hat und folglich auch keinerlei Aussage über Wettbewerb impliziert. Der Walrasianische Auktionator ist vielmehr der Konstruktionsentwurf eines Meßgerätes, eines Kraftmessers. Die Austauschverhältnisse der Güter im Gleichgewicht (Werte) sind hierbei die Anzeige für die auf die Güter wirkende Kraft.

Unter diesem Gesichtspunkt wird im übrigen noch einmal deutlich, warum die Identitätsbestimmung von Objekten statisch sein muß. Ein Meßgerät, das von Raum-Zeit-Bedingungen abhinge, wäre völlig sinnlos. Seine Messungen gälten ja immer nur unter bestimmten Bedingungen, die Messung wäre vom Gemessenen abhängig - sozusagen ein Berlin - Kilo oder 1976er Öchsle-Grad.

(5) Das weitverbreitete Unbehagen an dem Stand der ökonomischen Wissenschaft artikuliert seine Kritik als Kritik

---

1) Walras, Léon, Elements of Pure Economics, transl. by W.Jaffé, London 1954, S.170.

am statischen Charakter der (neoklassischen) Theorie. Diese Kritik ist insoweit berechtigt, als sie damit die Tendenzen der neoklassischen Theorie anspricht, den gesamten Kosmos ökonomischer Phänomene in die Gleichgewichtstheorie einzubeziehen. Unabhängig davon, ob es überhaupt gelingen kann, und ob es sinnvoll ist, alles in den Zustand des Seins zu transformieren, führen diese Tendenzen faktisch dazu, die dynamische Analyse als etwas von der Statik der Gleichgewichtstheorie Unabhängiges zu sehen und zu glauben, Theorie sei mit dynamischer Analyse allein begründbar.[1)]

Das Dilemma über Bewegung nur dadurch erfahren zu können, daß etwas als Zustand gefaßt wird, und der "Fehler", der solch einem analytischen Verfahren anhaftet, sollte nicht darüber täuschen, daß mancher Fehler vernünftiger ist als ein anderer. Anders ausgedrückt: die Unvermeidlichkeit der Fehler zwingt, mehrere Ordnungsstrukturen gleichberechtigt existieren zu lassen und zu versuchen, immer neue, interessante Ordnungsstrukturen zu entwerfen und ihre Fruchtbarkeit zu prüfen.

---

1) Das modernste Beispiel dieses Mißverständnisses ist die Keynes-Interpretation von Clower. Clower sieht in einem nicht auktionator-gesteuerten Wertbildungsprozeß, der zu einkommensabhängigen Anpassungsprozessen führt, die Grundlage der Keynesschen Theorie, obwohl die Ordnungsstruktur seiner Interpretation nach wie vor der neoklassischen Logik von Seltenheit und Bedürfnisbefriedigung entspricht. Clower verfällt damit dem Irrtum, nun umgekehrt zu versuchen, die Ökonomie als Werden zu begründen.
Es ist bezeichnend, daß er seine Interpretation als realistischere Theorie ausgibt und damit Theorie gegen Realität auszuspielen versucht.
Vgl. Clower, R.W., Die Keynesianische Gegenrevolution: eine theoretische Kritik, in Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 99, 1963, S.8-31.

Kapitel II

Alternative Gleichgewichtstheorien

(6) Die allgemeine Definition von Wirtschaften, nämlich die durch Tausch hergestellten Beziehungen zwischen Individuen, läßt offen, nach welchen Handlungsmustern die Individuen diesen Tausch vornehmen. Damit sind zur Bestimmung des Wertes von Gütern mehrere Interpretationen zulässig.[1] Wird von institutionalistischen und funktionalistischen Ansätzen abgesehen, sind es vor allem zwei Theorien, die dogmengeschichtlich hervorgetreten sind. Einmal die Klassische Theorie: sie betont die Verwendung und Entstehung von Gütern in der Produktion und konstituiert damit eine Werttheorie, die den Wert von Gütern durch die Produktivität der diese Güter hervorbringenden Produktionsprozesse bestimmt; zum anderen die Neoklassische Theorie: sie betont die Verwendung der Güter in der Konsumtion und gewinnt damit eine Werttheorie, die den Wert der Güter mit der Knappheit dieser Güter begründet.

Der Wert der Güter bestimmt sich also in beiden Fällen danach, was als Kraft hinter dem Tauschvorgang vermutet wird. D.h., die Wertbestimmung ist davon abhängig, an welcher Stelle des endlosen Prozesses Produktion - Konsum - Produktion - Konsum etc. eine Grenze gezogen wird, die das jeweilige Zwischenstück als unerheblich für den Wert von Gütern qualifiziert. Je nachdem wird eine Theorie des Tausches unter Produzenten (Klassik) oder eine Theorie des Tausches unter Konsumenten (Neoklassik) das Ergebnis sein.

---

1) Vgl. Schumpeter, Joseph A., History of Economic Analysis, Oxford 1961[4], S.601.

(7) Die Notwendigkeit, die produzierten Güter zu denjenigen zu bringen, die diese verbrauchen bzw. wiederum in der Produktion einsetzen, erlaubt, aus dem endlosen Prozeß des Wirtschaftens ein drittes ökonomisches Phänomen auszugrenzen: die Zirkulation. Wird diese Tätigkeit einer bestimmten Kategorie von Wirtschaftssubjekten zugeordnet, ergibt sich die Möglichkeit eine weitere Theorie des Tausches zu konstituieren, nämlich der Tausch zwischen den Individuen, die diese Produktions- und Konsumgüter nach Abschluß des Tausches an die Produzenten und Konsumenten verteilen. Da die Tätigkeit der Güterverteilung mit dem (vorübergehenden) Besitz an diesen Gütern verbunden ist, sei diese Theorie als eine Theorie des Tausches unter Vermögenshaltern bezeichnet.

Da der Vermögenshalter nur kauft, um wieder zu verkaufen, hat ein Gut für ihn insoweit Wert, als er vermutet, daß es Produzenten und Konsumenten gibt, die bereit sind, ihm für eine bestimmte Menge eines Gutes einen bestimmten Preis zu zahlen. Güter haben für den Vermögenshalter einen Wert, weil andere diesen Gütern Nützlichkeit und Produktivität zuschreiben, nicht weil diese Güter für ihn selbst nützlich oder produktiv verwendbar sind. Der Tausch unter den Vermögenshaltern kommt dann gerade dadurch zustande, daß verschiedene Vermögenshalter je unterschiedliche Vorstellungen darüber haben, was die Produzenten bzw. Konsumenten ihnen für diese Güter zahlen werden.

Die Vermutungen darüber, was die Konsumenten und Produzenten zahlen werden, sind a priori gegeben. Sie haben dieselbe Stellung im Begründungszusammenhang einer Theorie der Vermögenshaltung wie etwa die Nutzenvorstellungen der Haushalte in der neoklassischen Theorie oder die Produktionsbedingungen in der Klassischen. Selbstverständlich lassen sich im einzelnen Gründe dafür angeben, warum jemand lieber in einem Haus schläft, denn unter einer Brücke und warum jemand vermutet, für einen Diamanten einen bestimmten Geldbetrag zu erhalten. Nur gibt es keine Methode mit der

man a priori sichern könnte, daß es bestimmte Gründe sind. Je nachdem, welche Vorstellung die Vermögenshalter von der Welt haben, werden andere Gründe zur Grundlage ihrer Überlegungen. Da niemand die richtige Vorstellung von der Welt kennt oder kennen kann, müssen die Vermutungen als solche akzeptiert werden.

Im übrigen müssen diese Vermutungen als unbegründbare, aprioristische gefaßt werden. Da sie sich mindestens zum Teil auf Objekte und Ereignisse des ökonomischen Kosmos beziehen, würde ihre Begründung das zu Erklärende in die Bestimmung des Objekts Ökonomie einbeziehen. Dies ist nicht zulässig: Die Begründung für die Handlungen der Individuen muß logisch unabhängig sein von dem, was mittels dieser Handlungen erklärt werden soll.

(8) Trotz der Gemeinsamkeit dieser drei Theorien, über die (Entscheidungs-)Logik des Gütertausches zu einer implizit-dynamischen Bestimmung von Ökonomie zu gelangen und damit Gleichgewichtstheorien zu sein, lassen sich die drei Theorien nach ihren inhärenten Raum-Zeit-Vorstellungen unterscheiden.

Bietet die Neoklassik das Bild einer Einbahnstraße, in der die Güter von der Ausstattung zur konsumtiven Verwendung fließen, so betont die Klassik den zirkulären Charakter der Güter - "Bewegung" der Produktionsmittelproduktion mittels Produktionsmittel.[1] Dieser unterschiedliche Raum - Bezug zeigt zugleich die jeweiligen Zeitcharakter der Ökonomie.

Der stationäre Gehalt einer neoklassischen Ökonomie ergibt sich aus der fehlenden Rückkopplung von der konsumpti-

1) Vgl. Sraffa, P., Warenproduktion mittels Waren, Berlin 1968, S. 130.

ven Verwendung zur Ausstattung. Wäre andererseits eine solche Rückkopplung vorhanden, wäre die Idee der Knappheit nicht länger formulierbar, da die Veränderungen der Ausstattung in der Grenzenlosigkeit der Bedürfnisse keinen Halt fänden.[1)]

Der Klassischen Theorie wiederum gelingt es dank der zirkulären Beziehung unter den Produktionsmitteln eine Veränderung dieser Produktionsmittel zu begründen. Daß diese Veränderungen der Gleichgewichtstheorie wegen nur als gleichförmige zu fassen sind, ändert nichts an dem grundsätzlich akkumulativen Charakter dieser Klassischen Ökonomie. Erst auf einer solchen Grundlage ist die Vermehrung oder Verminderung von Ausstattung zu fassen; andererseits ist damit die Nützlichkeit des so Vermehrten oder Verminderten kategorial im Rahmen der Klassischen Ökonomie nicht mehr faßbar.[2)]

(9) Der Theorie des Tausches unter Vermögenshaltern unterstellt eine Güterbewegung, die der eines Transportbandes entspricht. Da das Transportband Quantität und Qualität der Güter unverändert läßt, hat es den Charakter eines Katalysators, der die Verteilung einer gegebenen Ausstattung an die, die diese Güter gebrauchen können, bewirken soll.

---

1) Formal gesehen sind deshalb alle Versuche, die Produktion in die neoklassische Haushaltstheorie auf der Ebene der Gleichgewichtstheorie zu integrieren, zum Scheitern verurteilt. In der Budgetbeschränkung müßten Flow-Größen auftauchen, die mit den Bestandsgrößen aus der bewerteten Ausstattung nicht kompatibel sind. Das zeigt sich z.B. am Gewinn-einkommen, das von den Unternehmen zu den Haushalten transferiert wird. Vgl. hierzu: Möbes, H.-J., Schmid-Schönbein, Th., Einkommen im Totalen Konkurrenzgleichgewicht der Neoklassik; mimeo, Berlin 1977.

2) Vgl. Schumpeter, Joseph A., a.a.O., S.588-605.

Die Potenz dieses Katalysators und seine allokative Wirkung hängt nun offensichtlich davon ab, welche Vorstellungen die Vermögenshalter über den Wert der Güter haben. Da diese Vorstellungen mit den tatsächlichen Gegebenheiten höchstens zufällig koinzidieren, sie nicht reduzierbar sind auf die vorfindliche Produktivität und Nützlichkeit von Gütern, läßt sich die durch Tausch unter Vermögenshaltern konstituierte Ökonomie als evolutionär kennzeichnen. Die Erwartung über zukünftige Realität konstituiert die gegenwärtige Realität in Form der Allokation der Güter unter die Vermögenshalter und dem Wert dieser Güter. Die Gestalt der Ökonomie ist das gesellschaftliche Ergebnis der individuellen Vermutungen über die Gestalt dieser Ökonomie. Das durch den Tausch bestimmte Vermögen ist erst einmal nur Potenz, deren Realisierung die Möglichkeit des Scheitern einerseits und die Integration des Neuen, noch nicht gegebenen andererseits zuläßt. Im Gegensatz hierzu sind die in der Klassischen und Neoklassischen Theorie postulierten Tauschprozesse unter Produzenten bzw. Konsumenten immer Anpassung an etwas in der Realität Vorfindliches. Das Ergebnis klassischer und neoklassischer Tauschprozesse garantiert immer auch die Realisierung der diese Tauschprozesse fundierenden Produktionsmöglichkeiten und Verbrauchswünsche.

Der Tausch unter Vermögenshaltern konstituiert ähnlich der Neoklassik Knappheit, da er die Allokation gegebener Güterbestände beschreibt. Im Gegensatz zur Neoklassik jedoch ist diese Knappheit nicht Knappheit in Bezug auf die Grenzenlosigkeit der Bedürfnisse, sondern Knappheit in Bezug auf die von den Vermögenshaltern vermuteten Verwen-

dungen.[1] Es ist eine potentielle Knappheit, die erst einmal völlig unabhängig ist von den realen Bedürfnissen der Konsumenten.

---

1) Da letztlich auch die Klassik einen spezifischen Aspekt von Knappheit thematisiert - nämlich Knappheit in Bezug auf die sich gegenseitig beschränkenden Produktionsprozesse - läßt sich das Ungenügen neoklassischen Räsonnements auch dahingehend beschreiben, daß sie ihren Knappheitsbegriff zum allumfassenden erklärte, der alle übrigen als Spezialfall mitenthalten sollte. Das Akzeptieren der Tatsache unter dem Kalten Stern der Knappheit zu leben, heißt nicht, sich mit einer bestimmten kategorialen Fassung einer solchen Anschauung zufriedenzugeben. Zum Problem der Knappheit, allgemein, vgl. Georgescu-Roegen, N., a.a.O., S.278.

Eine Theorie der Vermögenshaltung

Kapitel III
Tauschwertbestimmung im einfachen Warentausch

(10) Es sei eine Gesellschaft betrachtet, die drei Arten von Wirtschaftssubjekten umfasse: Haushalte, Produzenten und Vermögensbesitzer. Haushalte sind Wirtschaftssubjekte, die Güter ihrer Nützlichkeit wegen schätzen. Produzenten orientieren sich bei der Bewertung der Güter an deren Produktivität beim Einsatz dieser Güter in Produktionsprozessen. Vermögensbesitzer schätzen Güter um ihres Wertes willen, also in ihrer Eigenschaft, andere Güter gegen diese Güter tauschen zu können.

Am Markt für Vermögensobjekte nehmen nur Vermögensbesitzer teil. Das Entscheidungskalkül der Vermögensbesitzer sieht vor, aus einem gegebenen Vermögen ein größeres Vermögen zu gewinnen. Bei gegebenen Preisen (objektiver Wert) der Objekte ist der Wert eines gegebenen Vermögens (objektives Vermögen) gleich den mit diesen Preisen gewichteten Anfangsbeständen. Die individuellen Vorstellungen der Vermögensbesitzer, was bestimmte Objekte in bestimmten Mengen durch Verkauf an Haushalte und Produzenten heute (nach Abschluß des Vermögensmarktes) oder durch Verkauf in der weiteren Zukunft Wert sein werden (subjektiver Wert), werden Angebot und Nachfrage auf dem Vermögensmarkt bestimmen. Da diese Vorstellungen individuell unterschiedlich sind, werden die Objekte nach Abschluß des Marktes (Angebot = Nachfrage) im Besitze derjenigen Vermögensbesitzer sein, die den Objekten den höchsten subjektiven Wert zugemessen haben. Die Vorstellungen über den subjektiven Wert bestimmen also den objektiven. Der Markt für Vermögensobjekte besorgt die temporale und intertemporale Allokation entsprechend den Kalkülen der Vermögensbesitzer. Da diese den Objekten kein Interesse qua deren Gutseigenschaften entgegenbringen, sondern nur auf Grund der Tatsache, daß sie

einen Wert haben, werden die Güter und alle anderen dort gehandelten Objekte (Geld, Leihen, Patente, Kursbücher etc.) Waren genannt.

Die Märkte, auf denen die Vermögensbesitzer mit den übrigen Wirtschaftssubjekten (Haushalte, Produzenten) interagieren, sind nicht Gegenstand der Analyse. Da diese Subjekte keinen systematischen (entscheidungslogisch begründeten) Einfluß auf den objektiven Wert der Waren haben, können diese Märkte nur im Rahmen einer dynamischen Analyse untersucht werden, die die konkreten Bedingungen dieser Märkte reflektieren. Die Haushalte und Produzenten nehmen am Markt für Vermögensobjekte nur durch die Vermögensbesitzer teil. D.h., diese übrigen Wirtschaftssubjekte haben zwar einen Einfluß auf das Ergebnis des Warentausches, aber nur durch die Optik und die Handlungen der Vermögensbesitzer; ihr Einfluß ist insoweit zufällig und unsystematisch. Die auf dem Vermögensmarkt festgestellten Güter, Mengen und objektiven Werte sind andererseits für die Nicht-Vermögensbesitzer Daten, an die sie sich anpassen müssen; für die Vermögensbesitzer sind sie gesellschaftliches Ergebnis individueller Interaktion.[1)]

Die Momente, die die Vorstellungen der Vermögenshalter über den subjektiven Wert der Waren bestimmen, sind außerordentlich vielfältig. Mögliche Monopolstellungen gegenüber Konsumenten, Risikoüberlegungen, Durchhaltekosten, Liquiditätsvorlieben und viele andere Momente können die Gründe sein, die einen Vermögenshalter veranlassen, einer bestimmten Ware in einer bestimmten Menge einen bestimmten Wert zuzuordnen. Wasimmer die Gründe sein mögen, es wird

---

1) Im Rahmen dieser Arbeit reduziert sich Ökonomie also erst einmal auf die Interaktion der Vermögenshalter auf dem Markt für Waren - die Logik des Gütertausches unter Vermögenshaltern.

unterstellt, daß die Vermögenshalter jeder Menge eines Gutes einen in bestimmten Einheiten ausgedrückten Wert zumessen können. Wie es den Vermögenshaltern gelingt, ihre Erwartungen und Überlegungen auf diese Zahl zu reduzieren, wird nicht untersucht; es wird vorausgesetzt, sie können es.

In diesem Kapitel wird angenommen, daß ein akzeptiertes Tauschmittel existiert und keine Leihgeschäfte erlaubt sind. Das akzeptierte Tauschmittel sei Gold und der objektive Wert von Gold sei 1. An einem einfachen numerischen Beispiel - vier Waren, zwei Vermögenshalter - soll der Mechanismus des Vermögensmarktes, wie er sich aus dem Kalkül der Vermögenshalter ergibt, erläutert werden.

(11) Ein Vermögensbesitzer A stelle sich vor, Weizen hätte in den Mengen von 10, 40 und 80 Zentnern einen Wert von 13, 56 und 108 Einheiten Gold. Da unterstellt wird, daß der Vermögensbesitzer auf einem vollkommenen Markt für Vermögenswerte agiert,[1] gibt es einen einheitlichen (objektiven) Tauschwert für Weizen. Der Vermögensbesitzer wird daher diejenige Weizenmenge auswählen, die den höchsten subjektiven Tauschwert aufweist. Die subjektiven Tauschwerte der unterstellten Weizenmengen betragen dann 1.3, 1.4 und 1.35 Einheiten Gold pro Stück Weizen. Der

---

1) d.h. es wird ein Walrasianischer Auktionator unterstellt; vgl. Ziff. (23).

Vermögensbesitzer wird der Ware Weizen die Menge 40 und den Wert 56 zuordnen.[1)]

Eine derartige Zuordnung[2)] sei nun für alle Waren erfolgt, so daß der Vermögensbesitzer A seine Wertvorstellungen in der folgenden Werte-Tabelle auszudrücken vermag:

W_{1A}, X_{1A}	56, 40	Weizen
W_{2A}, X_{2A}	76, 20	Fahrzeuge
W_{3A}, X_{3A} =	18, 30	Holz
W_{4A}, X_{4A}	24, 15	Gold

wo die zweite Spalte die Menge X_{iA} der zu haltenden Ware, die erste den zugehörigen Wert W_{iA} angibt.

(12) Es sei angenommen, es existiere eine Menge von Tauschwerten:

$$p = (p_1, p_2, p_3, p_4) = (1, 3, 1/2, 1),$$

d.h. eine Einheit Weizen wird auf dem Markt gegen eine Ein-

---

1) Die Annahme, daß der Vermögenshalter seine Wertvorstellung eines Gutes immer auch auf eine bestimmte Menge bezieht, ergibt sich aus seiner Stellung im Wirtschaftsprozeß. Da er diese Waren nicht in ihrer Gutseigenschaft benötigt (verbraucht zu werden oder produktiv zu sein), fehlt ihm das preisunabhängige Mengenkriterium. Er sieht vielmehr - ähnlich einem analysierenden Preistheoretiker - die Preis-Mengen-Lösung seines partiellen Marktes. Aus diesem Grund muß seine Wertvorstellung sich auf eine bestimmte Menge beziehen. Plastischer ausgedrückt: Jemand, der nur kauft, um zu verkaufen, dem sagt der erwartete Preis alleine nichts, er muß auch wissen, wieviel er verkaufen kann.

2) Diese 'Vorab-Maximierung' wird im weiteren Verlauf der Arbeit nicht mehr dargestellt. Auf ihre Darstellung kann verzichtet werden, da die Prämisse des vollkommenen Marktes garantiert, daß die mittels individueller subjektiver Tauschwerte und Mengen bestimmte gesellschaftliche Tauschwert- und Mengen-Lösung keinen Einfluß auf die 'Vorab-Maximierung' hat.

heit Gold getauscht; eine Einheit Fahrzeuge gegen drei Einheiten Gold; usw....

Der Warenbestand des Vermögenshalters A enthalte die folgenden Mengen:

$$X_A = (\bar{x}_{1A}, \bar{x}_{2A}, \bar{x}_{3A}, \bar{x}_{4A}) = (40, 0, 20, 5),$$

d.h. 40 Einheiten Weizen, 0 Einheiten Fahrzeuge, ... usw. ...

Unter diesen Bedingungen hat der Vermögenshalter A ein (objektives) Vermögen von 55 Einheiten Gold, nämlich

$$V_A^{obj} = \bar{x}_{1A}p_1 + \bar{x}_{2A}p_2 + \bar{x}_{3A}p_3 + \bar{x}_{4A}p_4$$

Für dieses Vermögen die bestmögliche Verwendung zu finden, bedeutet für den Vermögenshalter, seinen Wertvorstellungen und den gegebenen Tauschwerten entsprechend sein Vermögen so umzuschichten, daß ein maximaler subjektiver Vermögenswert zustandekommt. Zu diesem Zweck wird er die (subjektiven) Ertragsraten aller Waren berechnen:

$$e_A = (e_{1A}, e_{2A}, e_{3A}, e_{4A}) = (4/10, 4/15, 2/10, 6/10)$$

wobei $$e_{iA} = \frac{W_{iA} - x_{iA}\,p_i}{x_{iA}\,p_i}$$ für alle i.

Die Größe der e_{iA} erlaubt es ihm, eine Ordnung über alle Waren i herzustellen und zwar derart, daß kein Wert e_{iA} der kleiner als ein e_{jA} ist, vor dem e_{iA} zu stehen kommt:

$$e_A^{>} = (e_{4A}, e_{1A}, e_{2A}, e_{3A}).$$

Die so entstandene Ordnung wird dazu benutzt, die Werttabelle umzustellen:

$$W_A' = (W_{4A}, W_{1A}, W_{2A}, W_{3A}) = (24, 56, 76, 18)$$

ebenso:

$$(x_A\ p)' = (x_{4A}p_4, x_{1A}p_1, x_{2A}p_2, x_{3A}p_3) = (15,40,60,15).$$

Numeriert man die Komponenten der Vektoren W_A und $(x_A p)'$ entsprechend dieser Reihenfolge neu und bezeichnet sie mit $\overline{W}_A$ und $(\overline{x_A p})'$ und kumuliert dann $\overline{W}_{iA}$ und $(\overline{x_{iA}p_i})$ derart, daß

$$V_{sA} = \sum_{r=1}^{s} \overline{W}_{rA} \quad \text{und} \quad Y_{sA} = \sum_{r=1}^{s} (\overline{x_{rA}p_r})$$

mit s = 1, 2, 3, 4, dann läßt sich das (subjektive) Vermögen als Funktion des Aufwandes zum Erwerb dieses Vermögens darstellen:

$$V_{sA} = f(Y_{sA})$$

Im Beispiel:

$V_{1A} = 24$ if $Y_{1A} = 15$

$V_{2A} = 80$ if $Y_{2A} = 55$

$V_{3A} = 156$ if $Y_{3A} = 115$

$V_{4A} = 174$ if $Y_{4A} = 130$

Da der Vermögenshalter A über ein objektives Vermögen von 55 Einheiten Gold verfügt, kann er maximal ein subjektives Vermögen von 90 erwerben. Das bedeutet,[1] daß er Gold und

1) nach Rückindizierung

Weizen in den angegebenen Mengen - x_{4A} und x_{1A} - nachfragen wird:

$$z_A = (z_{1A}, z_{2A}, z_{3A}, z_{4A}) = (40, 0, 0, 15).$$

Entsprechend seinen Anfangsbeständen ergibt sich seine Überschußnachfrage mit:

$$\hat{z}_A = (z_A - \bar{x}_A) = (0 \ , 0 \ , -20, +10).$$

Bei den gegebenen Tauschwerten ist:

$$\sum_{i=1}^{n} z_{iA} \, p_i = 0 \ ,$$

d.h. Say's Prinzip gilt.

(13) Es sei angenommen, die Gesellschaft bestehe nur aus zwei Wirtschaftssubjekten, den Vermögenshaltern A und B. Vermögenshalter A hat die in Ziff. (11) genannten Wertvorstellungen und Anfangsbestände; Vermögenshalter B können die folgenden Größen zugeordnet werden:

$$\begin{vmatrix} W_{1B} \ , \ x_{1B} \\ W_{2B} \ , \ x_{2B} \\ W_{3B} \ , \ x_{3B} \\ W_{4B} \ , \ x_{4B} \end{vmatrix} = \begin{vmatrix} 96 \ , \ 60 \\ 30 \ , \ 10 \\ 14 \ , \ 20 \\ 39 \ , \ 30 \end{vmatrix}$$

$$\bar{x}_B = (20, 30, 0, 10).$$

Außerdem sind die folgenden veränderten Tauschwerte gegeben:

$$p = (1, 2, 1/2, 1).$$

Dies führt zu bestimmten Ordnungen in den (subjektiven) Ertragsraten der Vermögenshalter:

$$e_A = (e_{2A}, e_{4A}, e_{1A}, e_{3A}) = (9/10, 5/10, 4/10, 2/10)$$

$$e_B = (e_{1B}, e_{2B}, e_{3B}, e_{4B}) = (6/10, 5/10, 4/10, 3/10)$$

Der neue Tauschwert bewirkt beim Vermögenshalter A eine Änderung der Ordnung; beim Vermögenshalter B entspricht die Ordnung der Numerierung der Waren.

Die Vermögensfunktionen der beiden Vermögenshalter ergeben sich als:

$V_{1A} = 76$ if $Y_{1A} = 40$	$V_{1B} = 96$ if $Y_{1B} = 60$
$V_{2A} = 100$ if $Y_{2A} = 55$	$V_{2B} = 126$ if $Y_{2B} = 80$
$V_{3A} = 156$ if $Y_{3A} = 95$	$V_{3B} = 140$ if $Y_{3B} = 90$
$V_{4A} = 174$ if $Y_{4A} = 110$	$V_{4B} = 179$ if $Y_{4B} = 120$

Da das objektive Vermögen des Vermögenshalters A - nach wie vor[1] - 55 Einheiten Gold, das des B 90 beträgt, sind die Überschuß-Nachfragen:

$$z_A = (-40, +20, -20, +10) \qquad z_B = (+40, -20, +20, -10)$$

---

1) Auf das Beispiel zurückzuführen; normalerweise ändert die Preisänderung selbstverständlich den Wert des Vermögens.

Die Summe der individuellen Überschußnachfragen ergibt die Markt-Überschußnachfrage

$$\hat{z} = \hat{z}_A + \hat{z}_B = (0, 0, 0, 0)$$

d.h. die Tauschwerte sind gerade so, daß Marktgleichgewicht herrscht.

Die Nachfrage nach den Waren wird bestimmt durch die objektiven Werte, die Anfangsbestände und die Wertvorstellungen der Subjekte. Die Anfangsbestände und die Wertvorstellungen sind definitionsgemäß während einer Marktperiode unverändert; allein die Tauschwerte variieren und bestimmen die tatsächliche Größe der Nachfrage nach Waren. Wir können also die Nachfrage der Vermögenshalter nach den Waren i überhaupt als Funktion der Tauschwerte schreiben:

$$z_i = z_i \ (p_1, p_2, p_3, p_4), \quad i = 1, 2, 3, 4.$$

Kapitel IV

Tauschwertbestimmung im Warentausch mit Leihgeschäft

(14) Wir betrachten als nächstes eine Gesellschaft, in der Leihgeschäfte zugelassen sind.

Alle Waren der Gesellschaft können zum Gegenstand von Leihgeschäften gemacht werden. Ein Leihgeschäft kommt zustande, wenn zum Zeitpunkt t_k eine Warenmenge v_i einer Ware i gegen einen Vertrag getauscht wird, der besagt, daß ein Wirtschaftssubjekt A sich verpflichtet, zu den Zeitpunkten t_1, t_2, ..., t_k, t_{k+1}, ... $G = (G_1, \ldots, G_i, \ldots, G_n)$ Einheiten von Waren an den Besitzer dieses Vertrages ohne Entgelt zu liefern. Das Leistungsversprechen kann in Art und Umfang an Bedingungen geknüpft sein. Da diese Verträge Waren sind, wie die Güter auch - sie können Gegenstand von Tauschprozessen sein - kann ein Leihgeschäft auch durch Tausch eines Vertrages gegen einen anderen Vertrag zustande kommen.

Ein Leihgeschäft endet, wenn das Versprechen erfüllt ist, oder wenn der Vertrag von dem im Vertrag genannten Wirtschaftssubjekt gekauft wird. Das im Vertrag genannte Wirtschaftssubjekt nennen wir Schuldner und sagen, es besitze eine Schuld in Höhe des Vertrages. Den Besitzer des Vertrages nennen wir Gläubiger und sagen, er besitze eine Forderung in Höhe des Vertrages. Besitzt ein Wirtschaftssubjekt Forderung und Schuld des gleichen Vertrages, können beide im Vermögensstatus aufgeführt sein, müssen aber mit demselben Wert ausgewiesen werden.[1)]

(15) Die Formen dieser Verträge sind vielfältig; zur Erläuterung seien einige Beispiele aufgeführt:

---

1) Say's Prinzip

- Tauschmittelkredit:

  Wirtschaftssubjekt A hat zum Zeitpunkt t_{k+1} 105 Einheiten Gold zu liefern. Der Vertrag wird gegen Gold zum Zeitpunkt t_k verkauft.[1)]

- Warentermingeschäft:

  Wirtschaftssubjekt A hat zum Zeitpunkt t_{k+1} 107 Einheiten Weizen zu liefern. Der Vertrag wird gegen Weizen zum Zeitpunkt t_k verkauft.[1)]

- Produktionsmittelleihe:

  Wirtschaftssubjekt A hat zum Zeitpunkt t_{k+1} ein $\int +1$ altes Fahrzeug und 10 Einheiten Weizen zu liefern. Der Vertrag wird gegen ein $\sim$ Jahre altes Fahrzeug verkauft.[2)]

- Aktie:

  Wirtschaftssubjekt A hat zu den Zeitpunkten t_{k-h}, $t_{k-(h-1)}$, ..., t_{k+1}, t_{k+2}, ... dem Gewinn entsprechende Einheiten Gold zu liefern.[3)] Der Vertrag wird gegen Gold oder Güter zum Zeitpunkt t_k verkauft.

- Anleihe:

  Wirtschaftssubjekt A hat zu den Zeitpunkten t_{k-h}, $t_{k-(h-1)}$, ..., t_k, t_{k+1}, ..., $t_{k+(h-1)}$ 4 Einheiten Gold und zum Zeitpunkt t_{k+h} 104 Einheiten zu liefern.[3)] Der Vertrag wird gegen Gold oder Güter zum Zeitpunkt t_k verkauft.

---

1) Die Differenz von $t_{k+1} - t_k$ entspricht gerade der Marktperiode.

2) Hinter diesem Beispiel steht die Vorstellung, daß Vermögenshalter die Produktion letztlich als Darlehensgeschäft betreiben, auch wenn dies realiter nicht sichtbar wird, da Produktionsstätten meist Eigentum der Vermögenshalter sind. Dann bestehen zwischen Produktionsstätten und Vermögenshaltern auch keine Tauschbeziehungen.

3) Der Verweis auf Zeitpunkte, die vor dem momentanen Tausch liegen, dient der Unterscheidung von Neu-Emission und Verkauf von Alt-Emissionen.

Die Vielfalt zu formulierender Leihverträge muß jedoch im Rahmen einer Theorie des Vermögensmarktes eingeschränkt werden.

(16) Werden nämlich Formen von Leihen zugelassen, bei denen nicht nur das allgemeine Tauschmittel zum Kauf von Leihverträgen verwendet wird, ergibt sich ein Problem, das durch keinen Reduktionsmechanismus aufgehoben werden kann. Da nämlich dann, wenn eine Warenmenge gegen einen Leihvertrag getauscht wird, dieser Leihvertrag in Einheiten des Tauschmittels einen Tauschwert haben muß, lassen sich die (subjektiven) Ertragsraten von z.B. Produktionsmittelleihen nicht mehr sinnvoll formulieren.

Solange die Leihe (z.B. eine Weizen-Anleihe, also das Versprechen, zu einem bestimmten Zeitpunkt eine bestimmte Menge Weizen zu liefern) nicht gegen Weizen getauscht wird, ist die Ertragsrate unproblematisch zu bestimmen (die individuelle Recheneinheit sei Gold):

$$\left[e_{\text{W-Anl}}\right] = \frac{\left[\text{Gold}\right] - \left[\text{W-Anleihe}\right] \cdot \left[\frac{\text{Gold}}{\text{W-Anleihe}}\right]}{\left[\text{W-Anleihe}\right] \cdot \left[\frac{\text{Gold}}{\text{W-Anleihe}}\right]} = [1]$$

Muß nun der Vermögensbesitzer die Weizen-Anleihe gegen Weizen kaufen, müßte er sich überlegen, wieviel Gold der Weizen kostet und wieviel Weizen er für die Weizen-Anleihe hergibt, also:

$$\left[\frac{\text{Weizen}}{\text{W-Anleihe}}\right] \cdot \left[\frac{\text{Gold}}{\text{Weizen}}\right] = \left[\frac{\text{Gold}}{\text{W-Anleihe}}\right]$$

In einer Ökonomie mit einheitlichem Tauschmittel gibt es aber keinen Weizen-Preis der Weizen-Anleihe, sondern nur einen Gold-Preis. Er könnte sich deshalb überlegen, wie-

viel Weizen er aufwenden muß, um das Gold zu kaufen, mit dem er den Gold-Preis der Weizen-Anleihe bezahlt. Dies führt zu einer unsinnigen Dimensionierung, nämlich

$$\left[e_{W\text{-}Anl}\right] = \frac{\left[Gold\right] - \left[W\text{-}Anleihe\right] \cdot \left[\frac{Gold}{W\text{-}Anl.}\right] \left[\frac{Weizen}{Gold}\right]}{\left[W\text{-}Anleihe\right] \cdot \left[\frac{Gold}{W\text{-}Anl.}\right] \left[\frac{Weizen}{Gold}\right]}$$

$$= \frac{\left[Gold\right] - \left[Weizen\right]}{\left[Weizen\right]}$$

Schließlich ließe sich noch der erwartete Ertrag in Weizen umrechnen. Dies führt zwar im Falle der Weizen-Anleihe zu einer verträglichen Dimensionierung:

$$\left[e_{W\text{-}Anl}\right] = \frac{\left[Weizen\right] - \left[Weizen\right]}{\left[Weizen\right]} = \left[1\right]$$

ist aber dennoch nicht sinnvoll. Da eine derartige Umrechnung für alle Leihen, die nicht gegen das Tauschmittel getauscht werden, vorgenommen werden müßte, wäre das Ergebnis, daß der Vermögensbesitzer derartige Ertragsraten überhaupt nicht vergleichen könnte. Eine 20 %ige Ertragsrate in Fahrzeugen ist eben nicht besser als eine 10 %ige in Ratten.[1] Der Vermögensbesitzer muß die Ertragsraten gemessen in Einheiten des Tauschmittels kennen, denn nur in Bezug auf eine Marktbewertung haben Waren für ihn einen Wert.

Bleibt als einzige Möglichkeit, die Produktionsmittelleihe nicht über den Markt zu leisten, dh. keine Tauschwerte von Produktionsmittelleihen marktmäßig festzustellen, dann gilt:

---

[1] Eine derartige Aussage hätte nur für Haushalte und Produzenten einen Sinn, die die Waren ihrer Nützlichkeit und Produktivität wegen schätzen.

$$\dot{e} = \frac{\dot{[Gold]} - \dot{[Weizen]} \left[\frac{\dot{Gold}}{Weizen}\right]}{\dot{[Weizen]} \left[\frac{\dot{Gold}}{Weizen}\right]} = [1]$$

also eine dimensionslose Zahl, der eine einheitliche Meßvorschrift zugrunde liegt, die Vergleichbarkeit garantiert. Das bedeutet, daß auf einem Markt, auf dem Vermögensbesitzer agieren, nur eine Ware als Grundlage von Darlehensgeschäften verwendet werden kann und daß diese Ware gleichzeitig das allgemeine Tauschmittel sein muß.[1] Werden dennoch in der Realität Darlehensmärkte vorgefunden, auf denen Tauschwerte für Produktionsmittelleihen notiert werden, dann bedeutet dies, daß die Vermögensmärkte sich spalten und die Ökonomie sich in Auflösung befindet.[2]

(17) Der Marktmechanismus einer Ökonomie mit Leihgeschäften sei wiederum an einem einfachen numerischen Beispiel erläutert. Folgende Warenarten seien gegeben:

- vier Güter: Weizen, Fahrzeuge, Holz, Gold
- vier unterschiedlich ausgestattete Leihen, in denen Kapitalist A Schuldner ist und
- drei verschiedene Leihen, in denen Kapitalist B der Schuldner ist.

Der Vermögenshalter A habe folgende Wertvorstellungen und

---

1) Insoweit setzt eine Interpretation von Warenterminegeschäften als Darlehensgeschäfte die Identität von objektiven und subjektiven Tauschwerten voraus, d.h. ein schon existierendes Gleichgewicht auf dem Markt für Vermögenswerte.

2) Vgl. das Beispiel der Hyperinflation im Deutschland des Jahres 1923, die von Joan Robinson mit dem Verlust der Mark als "'standard of deferred payments' for loans" erklärt wurde. Robinson, J., The Economics of Hyper-Inflation, in Collected Economic Papers, Vol.I, Oxford 1960, S.76.

Anfangsbestände:

(W_A, X_A) =

$$\begin{pmatrix} 6{,}93; & 65; & 50; & 14; & -13{,}8; & -4{,}23; & -7{,}28; & -8{,}82; & 10{,}7; & 12{,}96; & 11{,}8 \\ 8 & ; 20; & 20; & 10; & -10 & ; -4 & ; -5 & ; -5 & ; 8 & ; 12 & ;10 \end{pmatrix}$$

und

$\overline{X}_A$ = (40; 20; 0; 5; -10; -4; 0; 0; 8; 12; 10)

Kapitalist A hält also bei der 3. und 4. Leihe eine Forderung gegen sich selbst im Portefeuille - er gedenkt, je fünf Einheiten zu verkaufen.

Wir nehmen an, es sei der Tauschwertvektor

p = (0,7875; 2,5; 2; 1; 1,2; 0,75; 1,3; 1,26; 1,25; 0,9; 1,0)

gegeben.

Waren mit positivem Vorzeichen sind Aktiva; Waren mit negativen Passiva. Die Summe der Aktiva und Passiva ist das Nettovermögen. Zu den gegebenen Preisen beträgt das Nettovermögen des Kapitalisten A 102,3 Einheiten Gold. Die subjektiven Ertragsraten aller Waren sind:

e_A = (0,1;0,3;0,25;0,4;0,15;0,41;0,12;0,4;0,07;0,2;0,18)

Die Größen der subjektiven Ertragsraten erlauben es dem Vermögenshalter A, Aktiva und Passiva (getrennt) zu ordnen.

$(\overrightarrow{W_A}, \overrightarrow{(X_A p)})$ =

$$\begin{pmatrix} 14, & 65, & 50, & 12.96, & 11.8, & 6.93, & 10.7 \\ 10, & 50, & 40, & 10.8 & , 10 & , 6.3 & , 10 \end{pmatrix}$$ = Aktiva

$$\begin{pmatrix} 7{,}28 & 13{,}8 & 8{,}82 & 4{,}23 \\ 6{,}5 & 12 & 6{,}3 & 3 \end{pmatrix} = \text{Passiva}$$

und nach Umnumerierung die Folge von Summen zu bilden:

$(V_A, Y_A) =$

$$\begin{pmatrix} 14 & 79 & 129 & 141{,}96 & 153{,}76 & 160{,}69 & 171{,}59 \\ 10 & 60 & 100 & 110{,}8 & 120{,}8 & 127{,}1 & 137{,}1 \end{pmatrix} \quad \text{Aktiva}$$

$$\begin{pmatrix} 7{,}28 & 21{,}08 & 29{,}9 & 34{,}13 \\ 6{,}5 & 18{,}5 & 24{,}8 & 27{,}8 \end{pmatrix} \quad \text{Passiva}$$

Zum Erwerb eines möglichst hohen subjektiven Nettovermögens stehen A das objektive Nettovermögen in Höhe von 102,3 Einheiten Gold und der eventuelle Erlös aus dem Verkauf der Passiva zur Verfügung. Er wird sich in einer Höhe verschulden, die sein subjektives Nettovermögen maximiert; dieser Punkt ist erreicht bei einer Schuldenaufnahme in Höhe von 18.5 Einheiten Gold.[1] Objektives Nettovermögen und Schuldaufnahme ergeben ein Mittelaufkommen von 120,8 Einheiten Gold. In dieser Höhe können von A Aktiva gekauft werden.

Die Nachfragemengen des A ergeben sich (nach Rückindizierung) mit:

$(z_A) = (0;\ 20;\ 20;\ 10;\ -10;\ 0;\ -5;\ 0;\ 0;\ 12;\ 10)$

Bezogen auf den Anfangsbestand ist die Überschußnachfrage

$z_A = (-40;\ 0;\ +20;\ +5;\ 0;\ +4;\ -5;\ 0;\ -8;\ 0;\ 0)$

1) Dies läßt sich auch so sagen: Das Maximum des subjektiven Nettovermögens ist dann erreicht, wenn die subjektiven Ertragsraten der Passiva und Aktiva gleich sind.

Der Wert dieser Überschußnachfrage ist Null.

(18) Wenn angenommen wird, der zweite Vermögenshalter B habe die folgenden Wertvorstellungen und Anfangsbestände

$(W_B, X_B) =$

$$\begin{pmatrix} 47,65;61,5;52;6,4;15,0;3,3;7,93;15,12;-14,0;-12,42;-12 \\ 50 \quad ;20 \quad ;20;5 \quad ;10,0;4 \quad ;5 \quad ;10 \quad ;-8 \quad ;-12 \quad ;-10 \end{pmatrix}$$

und

$\bar{x}_B = (10; 20; 40; 10; 10; 4; 0; 0; -8; -12; -10)$

dann ergibt sich für ihn unter den in Ziff. (17) genannten Tauschwerten eine Überschußnachfrage, die der des Vermögenshalters A gerade entspricht. Es herrscht Marktgleichgewicht.

Ähnlich den Überlegungen in Ziffer (13) läßt sich folgern, daß die Marktüberschußnachfrage nach den Waren i allein eine Funktion der Tauschwerte ist.

Kapitel V

Totales Konkurrenzgleichgewicht unter Vermögenshaltern

(19) In der Gesellschaft gibt es

--- eine bestimmte Anzahl m von Wirtschaftseinheiten k ($k = 1, \ldots, m$)

--- eine endliche Anzahl n von Waren i ($i = 1, \ldots, n$) wobei die Anzahl q von Waren i ($i = 1, \ldots, q$) als Güter und die Anzahl $r = n - q$ von Waren i ($i = q+1, \ldots, n$) als Leihverträge identifiziert werden können.

Mit x_{ik} bezeichnen wir die Menge der Ware i, die das k-te Wirtschaftssubjekt unabhängig von Tauschwerten zu halten wünscht; mit $\bar{x}_{ik}$ den Anfangsbestand, mit $\bar{\bar{x}}_{ik}$ den Endbestand der Menge der Ware i des k-ten Wirtschaftssubjekts.

Wenn $x_{ik}, \bar{x}_{ik}, \bar{\bar{x}}_{ik} > 0$ handelt es sich um ein Aktiva, wenn $x_{ik}, \bar{x}_{ik}, \bar{\bar{x}}_{ik} < 0$ um ein Passiva des k-ten Wirtschaftssubjekts.

Mit z_{ik} bezeichnen wir die Menge der Waren, die das k-te Wirtschaftssubjekt bei gegebenen Tauschwerten zu halten plant. Mit $\mathfrak{Z}_{ik}$ die Überschußnachfrage. Ist $\mathfrak{Z}_{ik} < 0$ ist es eine angebotene, ist $\mathfrak{Z}_{ik} > 0$ eine nachgefragte Menge. Die Menge der z_{ik} nennen wir den Vermögensplan des k-ten Wirtschaftssubjekts, $(z_k) = (z_{1k}, \ldots, z_{nk})$. Die Menge aller Vermögenspläne ist ein Zustand der Gesellschaft, $z = (z_1), \ldots, (z_m)$.

Von den Wirtschaftssubjekten nehmen wir an:

--- Jedes Wirtschaftssubjekt hat von jeder Ware i eine in Einheiten des allgemeinen Tauschmittels ausgedrückte Wertvorstellung W_{ik}, der eine Mengenangabe x_{ik} zugeordnet ist.

--- Ferner verfügt jedes Wirtschaftssubjekt über eine Erstausstattung $\bar{x}_{ik}$.

(20) Ein Marktgleichgewicht ist ein Zustand der Gesellschaft (z_k), in dem die Summen

$$\mathfrak{Z}_i = \sum_{k=1}^{m} \mathfrak{Z}_{ik}$$ die Bedingung

$$\mathfrak{Z}_i = 0 \text{ für alle } i$$ erfüllen. Ein Marktgleichgewicht besteht, wenn die angebotenen und nachgefragten Mengen jeder Ware i gleich sind. Ein Marktgleichgewicht kann auf vielfältige Art und Weise zustandekommen. Dem Erkenntnisinteresse entsprechend wird unterstellt, daß es durch allgemeine Konkurrenz zustandekommt; d.h. die Wirtschaftssubjekte k formulieren ihre Vermögenspläne z_{ik} auf der Grundlage gegebener Tauschwerte.

Ein allgemeines Konkurrenzgleichgewicht ist ein Marktgleichgewicht in einer Gesellschaft, in der bei gegebenen Tauschwerten $(p_1, \ldots, p_n)$ die Bedingung erfüllt ist, daß jedes Wirtschaftssubjekt einen optimalen Vermögensplan gewählt hat. D.h. jedes Wirtschaftssubjekt wählt einen Vermögensplan derart, daß das subjektive Nettovermögen

$$V_k = V_k(p_1,\ldots,p_n;w_{1k},\ldots,w_{nk},x_{1k},\ldots,x_{nk};\bar{x}_{1k},\ldots,\bar{x}_{nk})$$

unter der Nebenbedingung

$$\sum_{i=1}^{n} \bar{x}_{ik} p_i = \sum_{i=1}^{n} \bar{\bar{x}}_{ik} p_i$$ ein Maximum wird.

Allgemeines Konkurrenzgleichgewicht besteht also dann, wenn bei einem bestimmten Tauschwertsystem jedes Wirtschaftssubjekt seinen optimalen Vermögensplan wählt und wenn die gewählten Pläne tatsächlich (auf dem Markt für Vermögenswerte) realisiert werden können.

(21) In Ziffer (16) wurde gezeigt, daß Leihgeschäfte auf der Basis des akzeptierten Tauschmittels abgeschlossen werden müssen, damit ein Vergleich der Vermögenswerte und damit die Maximierung des (subjektiven) Vermögens möglich ist. Unabhängig von dieser Bedingung zur Integration der Leihgeschäfte in den Vermögensmarkt ist die Existenz des Tauschmittels eine (hinreichende) Bedingung für die Existenz eines n-Waren umfassenden Gütermarktes.

Wechselte im Laufe der Marktperiode die Tauschmittelfunktion von der i-ten auf die j-te Ware, dann ergäbe sich ein Tauschvektor $\underline{p}^1$ der nicht proportional dem vorhergehenden Tauschwertvektor $\underline{p}^0$ wäre. Diese Veränderungen müßten notwendig die Erwartungen der Vermögensbesitzer beeinflussen. Wird eine andere Ware als Tauschmittel gewählt, wird der Vermögensbesitzer die besonderen Umstände des anderen Tauschmittels in seiner Erwartungsbildung berücksichtigen müssen. Genauso wird eine proportionale Veränderung aller Tauschwerte (mit Ausnahme des Tauschwerts des Tauschmittels) die Erwartung des Vermögensbesitzers über den zukünftigen Wert seiner Vermögensobjekte neu strukturieren, da er nicht davon ausgehen kann, daß diese Änderungen z.B. die Nachfrage der Konsumenten unberührt läßt. Da diese Änderungen in der Erwartung ansetzen und Erwartungen a-priori nicht rationalisierbar sind, beeinflussen diese Änderungen die Erwartungen auf unvorhersehbare Weise, d.h. die Ordnung der Vermögenswerte änderte sich völlig unsystematisch

$$(\lambda e_{ik}, \ldots, \lambda e_{nk}) \neq \lambda (e_{ik}, \ldots, e_{nk})$$

Für Vermögenshalter ist Geld eine Ware wie jede andere, sie kennen nur absolute Preise.

Da die Existenz eines akzeptierten Tauschmittels vorausgesetzt werden muß, steht der Wert eines der n-Waren a priori fest:

$$\underline{p} = (p_1, p_2, \ldots, p_{n-1}, 1)$$

falls die n-te Ware als Tauschmittel bezeichnet wird. Da die Nachfragefunktionen $\mathfrak{Z}_{ik}$ (und $\mathfrak{Z}_i$) Funktionen absoluter Preise sind, folgt: die Überschußnachfragen

$$\mathfrak{Z}_{ik} = \mathfrak{Z}_{ik}\,(p_1, p_2, \ldots, p_{n-1}, 1)$$

sind <u>nicht</u> homogen vom Grade 0.

(22) Bleibt zu untersuchen, ob durch die Festlegung $p_n = 1$ das System überbestimmt wird.

Zur Bestimmung der n Tauschwerte steht ein System von n Marktüberschußnachfrage-Funktionen zur Verfügung:

$$\mathfrak{Z}_i = \sum_{k=1}^{m} \mathfrak{Z}_{ik} \quad \text{mit} \quad \mathfrak{Z}_i = \mathfrak{Z}_i\,(p_1, p_2, \ldots, p_{n-1}, p_n)$$

$$\text{und} \quad p_n = 1$$

und

$$\mathfrak{Z}_i p_i = \sum_{k=1}^{m} \mathfrak{Z}_{ik} p_i$$

Bilden wir die Summe über alle Waren, dann

$$\sum_{i=1}^{n} \mathfrak{Z}_i p_i = \sum_{i=1}^{n} \sum_{k=1}^{m} \mathfrak{Z}_{ik} p_i = \sum_{k=1}^{m} \sum_{i=1}^{n} \mathfrak{Z}_{ik} p_i$$

Da $\hat{z}_{ik} = \bar{\bar{x}}_{ik} - \bar{x}_{ik}$ und die Budgetbedingung

$$\sum_{i=1}^{n} \bar{x}_{ik} p_i = \sum_{i=1}^{n} \bar{\bar{x}}_{ik} p_i \quad \text{gilt, folgt:}$$

$$\sum_{i=1}^{n} \hat{z}_i p_i = \sum_{k=1}^{m} \sum_{i=1}^{n} \bar{\bar{x}}_{ik} p_i - \bar{x}_{ik} p_i = 0$$

D.h. der Wert der Überschußnachfrage nach dem n-ten Gut ist gleich dem Wert der Überschußnachfragen nach den übrigen (n-1) Waren. Dies impliziert, daß der n-te Markt im Gleichgewicht ist ($\hat{z}_n = 0$), falls es die übrigen Märkte sind.

Der Tauschmittelmarkt hat folglich keinen Einfluß auf die Bestimmung des Systems und kann eliminiert werden. Dies ist, wie es sein sollte, denn ein Markt auf dem man eine Einheit für eine Einheit derselben Ware bekommt, ist funktionslos. Die Überschußnachfragen nach dem Tauschmittel erscheinen in den Plänen der Vermögensbesitzer, nicht aber auf dem Markt.

(23) Gleichgewichtstheorien sind Modelle, die einen Begriff in der Weise zu fassen suchen, daß seine logische Struktur die gleiche ist, wie die der reellen Zahlen.[1] Drei allgemeine Voraussetzungen müssen zur Sicherung dieser Arithmomorphie vorliegen:

- Es existiert ein Gleichgewichtsvektor
- dieser ist eindeutig
- und nur im Gleichgewicht wird getauscht.

---

1) Vgl. hierzu Georgescu-Roegen, N., The Entropy Law and the Economic Process, Cambridge Mass., 1971, S.97-101 und Kap.I dieser Arbeit.

Die dritte Voraussetzung[1] zu erfüllen, bedarf es einer spezifischen Marktorganisation.

m Wirtschaftssubjekte seien im Besitz von n Gütern. Über diese Güter können Leihverträge abgeschlossen werden. Ein zu benennender Auktionator (oder ein zu programmierender Rechner) hat Tauschwerte anzusagen, zu denen die Wirtschaftssubjekte tauschen können. Diese nennen ihm dann die Mengen, die sie zu diesen Tauschwerten kaufen und verkaufen wollen.

Der Auktionator hat folgendermaßen zu verfahren:[2]

1. Wenn p(t) ein Tauschwertvektor zum Zeitpunkt t ist, dann darf dieser Tauschwervektor durch irgendeine Regel dann und nur dann geändert werden, wenn der Zustand der Ökonomie kein Marktgleichgewicht ist.

2. Es darf dann und nur dann getauscht werden, wenn p(t) ein Gleichgewichts-Tauschvektor ist.

D.h.: Der Auktionator nennt - bei beliebigem Anfangs-Tauschvektor - solange andere Tauschwerte, bis Angebot und Nachfrage gleich sind. Bei dem Tauschwertvektor, bei dem dies der Fall ist, müssen die angegebenen Mengen zu diesen Tauschwerten getauscht werden (jedes Angebot ist bindend, also auch das letzte, zu dem getauscht wird).

---

1) Die Ausführungen zu dieser Voraussetzung zeigen besonders deutlich, daß die logische Bestimmung immer auch eine konstruktive Implikation beinhaltet, nämlich eine Vorschrift, die angibt, wie ein Meßgerät beschaffen sein muß, das die Messung dieser Kategorie erlaubt. Insoweit ist die theoretische Messung die technologische Voraussetzung einer empirischen (statistischen) Messung.

2) Vgl. Arrow, K.J., Hahn, F.H., General Competitive Analysis, San Francisco 1971, S.265 ff.

Werden die Anfangsbestände y_i der n Waren mit diesem Gleichgewichtstauschwertvektor $\tilde{p}$ multipliziert, ergibt sich das Vermögen der Gesellschaft:

$$V = \sum_{i=1}^{n} y_i \, p_i^{\sim}, \qquad y_i = \sum_{k=1}^{m} \bar{x}_{ik}$$

Die beiden übrigen Voraussetzungen - Existenz und Eindeutigkeit des Preisvektors p - zu beweisen, ist außerordentlich schwierig, da zwei Beweismittel nicht zur Verfügung stehen, die für derartige Beweise normalerweise eingesetzt werden.[1)]

Es genügt,hier anzugeben, daß eine Annahme zum Beweis unerläßlich ist. Keine Wertvorstellung verschiedener Wirtschaftssubjekte über dieselbe Ware darf gleich sein. Ohne diese Annahme ist nicht ausgeschlossen, daß überhaupt kein Tausch stattfindet. Diese Annahme ist im Rahmen der hier vorgetragenen Theorie vernünftig, da die Ratio der ganzen Theorie darauf baut, daß es keine letzten Gründe für Erwartungen gibt. Erst diese letzten Gründe könnten vermuten lassen, daß für dieselbe Ware gleiche Wertvorstellungen existierten.

---

1) Zum einen werden aufgrund des Entscheidungskalküls der Vermögensbesitzer die Überschußnachfragefunktionen Sprungstellen aufweisen, d.h. Mengenveränderungen erfolgen abrupt in Abhängigkeit von Preisintervallen.

Kapitel VI

Implikationen eines Totalen Konkurrenzgleichgewichts unter Vermögenshaltern

(24) Die Preise haben in einer durch Vermögensbesitzer gesteuerten Gesellschaft die Funktion, die Waren an die zu verteilen, die diesen Waren den höchsten Wert zumessen. Ob sich diese Wertvorstellungen realisieren, ist ungewiß. So unsicher die Realisation sein mag, auf welch aberwitzigen Hoffnungen sich diese Vorstellungen auch gründen mögen, entscheiden wird in jedem Falle die Zukunft. Sie wird den wilden Spekulanten genauso wie den planmäßig und vernünftig agierenden mit Profit 'belohnen' oder mit dem Verlust seines Vermögens 'strafen'. In keinem Fall wird der Vermögensbesitzer den Erfolg seines Handelns sich zurechnen können. Die Rationalität eines derartigen Systems ist nicht die gerechte Entlohnung für kluges Handeln oder für eine sonstige Leistung.

Die Rationalität des Systems ist vielmehr darin begründet, daß die Vermögensbesitzer von der Nützlichkeit oder der Produktivität eines Gutes absehen können und ihre eventuelle, denkbare und zukünftige Nützlichkeit und Produktivität für andere vor Augen haben, wenn sie den Wert von Waren abschätzen. Sie sind dem Gebrauchswert (der Gegenwart) und den Kosten (der Vergangenheit) eines Gutes gegenüber völlig gleichgültig. Das bedeutet, daß ein derartiges System einen starken Grad der Veränderung und Expansion bei hoher Elastizität aufweist.

(25) Unmittelbarer Ausdruck einer durch Vermögensbesitzer gesteuerten Ökonomie ist die Relevanz absoluter Preise oder, negativ formuliert, die Irrelevanz relativer Preise. Haushalte und Produzenten müssen auch dann, wenn ein all-

gemeines Tauschmittel existiert, seien es Äpfel oder Banknoten, die Bewertung von Gütern an deren Gutseigenschaft binden, also entweder mittelbar (Äpfel) oder unmittelbar (Banknoten) die Nützlichkeit und Produktivität verschiedener Güter in Beziehung setzen. Für Haushalte und Produzenten ist Geld nur ein Schleier, der über der realen Güterwelt liegt. Der Einfluß dieses Geldes auf die reale Güterwelt kann deshalb nur transitorisch sein, bedingt durch unvollkommene Information oder sonstige mangelhafte Anpassungsmöglichkeit und -fähigkeit.

Die Bindung der Haushalte und Produzenten an relative Preise bedeutet, daß diese Wirtschaftssubjekte in einem System absoluter Preise - wenn überhaupt - nur zufällig im Gleichgewicht sind. Ihre Entscheidungen haben keinen systematischen Einfluß auf die absoluten Preise, d.h. sie müssen sich an die von den Vermögensbesitzern qua Markt hergestellten Bedingungen anpassen.

Damit ist zuallererst die Optimalität dieser Bedingungen in Frage gestellt. Weder ist gesichert, daß - wie in der Klassik - die Wachstumsrate die maximal mögliche ist, noch impliziert das Gleichgewicht auf dem Vermögensmarkt die maximale Bedürfnisbefriedigung in dem Sinne, daß andere Preisverhältnisse keine höhere Befriedigung zuließen. Optimalität (welcher Art und in welchem Umfang auch immer) ist kein der ökonomischen Rationalität entspringendes Korrelat von Tauschbeziehungen. Sie muß vielmehr durch andere Formen gesellschaftlicher Interaktion gesichert werden.

(26) Solange die Träger von Arbeitskraft nicht Objekt von Vermögensbesitzern sind - etwa als Sklaven oder Leibeigene - sondern eigenständige Wirtschaftssubjekte, die konsumieren, produzieren, sparen etc. ist die Beschäftigung dieser Wirtschaftssubjekte grundsätzlich gefährdet. Da das Vehikel relativer Preise, mit dessen Hilfe sie sig-

nalisieren könnten, daß ihre Beschäftigung einen Kauf des zusätzlich Produzierten impliziert, ohne systematischen Einfluß auf die allein relevanten, absoluten Preise ist, kann Vollbeschäftigung nur das Verdienst eines gütigen Schicksals oder anderweitig motivierter gesellschaftlicher Anstrengungen sein. Die Existenz von Arbeitslosen bedeutet für die Vermögensbesitzer a priori weder einen positiven noch negativen Anstoß für ihre Aktivitäten.

Selbstverständlich soll hier nicht behauptet werden, daß die Existenz von Arbeitslosen keinen Einfluß auf die Erwartungen der Vermögensbesitzer hätten. Es wird nur behauptet, daß dieser Einfluß insoweit unsystematisch, zufällig ist, als er nicht über die absoluten Preise erfolgt.

Unter gegebenen Bedingungen - seien sie institutioneller, psychologischer, physikalischer Natur - lassen sich Hypothesen formulieren, die eine Verbindung von Arbeitslosigkeit und Erwartungsstruktur herstellen. Das Ergebnis einer derartigen Untersuchung wird jedoch von diesen Bedingungen und den Hypothesen abhängen und damit nur im Rahmen dieser Voraussetzungen Gültigkeit haben. D.h. Art und Umfang des Einflusses bestimmen sich nach dem empirischen Gehalt dieser Analysen und erlauben deshalb keine allgemeine Aussage über diesen Zusammenhang. Aus diesem Grund ist es auch nicht angemessen, ganz bestimmte Maßnahmen zur Vermeidung oder Behebung von Arbeitslosigkeit zu empfehlen. Erst auf dem Boden konkreter Bedingungen und exakt formulierter Hypothesen lassen sich Maßnahmen als geeignet auszeichnen.

(27) In einem System absoluter Preise ist das Problem der Inflation quantitätstheoretisch nicht faßbar, da diese Quantitätstheorie eine Dichotomie relativer und absoluter Preise voraussetzt. Diese Dichotomie wiederum liegt im Rahmen klassischer und neoklassischer Theorie darin begründet, daß eine Multiplikation aller absoluten Preise eines Systems die Optima der handelnden Subjekte und damit

deren Handlungen unbeeinflußt läßt. Dies ist für Haushalte und Produzenten ein sinnvolles Ergebnis, denn da z.B. Haushalte sich an der Nützlichkeit eines Gutes orientieren, darf der Umstand, daß ein Gut getauscht wird, die Wahl des Haushaltes nicht beeinflussen oder wenigstens nur vorübergehend als dynamischer Effekt einer Anpassung. Werden also allokative Wirkungen des Geldbestandes untersucht, dann müssen diese im Gleichgewicht verschwunden sein.[1)]

Da die allokativen Wirkungen des Geldbestandes transitorischer Natur sind, werden die Haushalte einer Inflation gegenüber gleichgültig sein, solange sie Tauschmittel und Tauschmittelkredite nicht als Wertaufbewahrungsmittel verwenden (sozusagen als Substitution einer intertemporalen Allokation realer Güter) und die Erträge auf diese Tauschmittelkredite einen Inflationsaufschlag enthalten. Wird unterstellt, daß die Haushalte die Ökonomie steuern, dann impliziert dies, daß dieser Inflationsaufschlag in den Zinsraten enthalten ist. Aus diesem Grunde wird eine Geldmengensteuerung zur Bekämpfung der Inflation angemessen sein, um die Anpassung ans Gleichgewicht, das durch relative Preise bestimmt ist, möglichst friktionslos zu ermöglichen. Ansich ist eine solche Geldmengensteuerung funktionslos, da jede beliebige Geldmenge mit einem Gleichgewicht vereinbar ist.

Anders hingegen, wenn man davon ausgeht, daß die Ökonomie von Vermögenshaltern gesteuert wird. Da in diesem Fall die Höhe des Geldbestandes allokative Wirkung hat und absolute Preise herrschen, ist nicht gesichert, daß sie eine Struktur

---

1) Allerdings sind die Handlungen der Haushalte bezüglich ihres Geldbestandes entscheidungslogisch nicht begründbar; sie müssen als Verhaltensannahmen gesetzt werden. Wäre eine entscheidungslogische Begründung tatsächlich möglich (individuelle Nützlichkeit des Geldes), dann hätte der Geldbestand Einfluß auf die Gleichgewichtspreise (Werte). Dann existierten tatsächlich nur noch absolute Preise, das Geld wäre kein Schleier über der Güterwelt mehr.

aufweisen, die von den Haushalten her gesehen relative Preise beinhalten, die ein Gleichgewicht der Haushalte garantieren. Da weiterhin die Vermögenshalter sich an der Differenz der Ertragsraten von Aktiva und Passiva orientieren und nicht etwa am Realwert der Ertragsraten, sind sie einer Inflation gegenüber vollständig gleichgültig, auch dann, wenn diese Ertragsraten keinen Inflationsaufschlag enthalten.

Diese bedingungslose Gleichgültigkeit der Vermögensbesitzer gegen Inflation bewirkt, daß Inflation ebenso wie der Geldbestand allokative Wirkungen zeitigen. Diese werden zwar tendenziell so ausfallen, daß aus einer Inflation ein höherer Nominalgeldzinsfuß folgt, dieser höhere Geldzinsfuß ist jedoch das Ergebnis der Tatsache, daß der Geldzinsfuß keinen Inflationsaufschlag enthält. Weil der Zinsfuß keinen Inflationsaufschlag enthält, sind die Erträge in der Produktion, Handel und Spekulation höher als sie ohne Inflation wären im Verhältnis zum Geldzinsfuß. Dies regt die Kreditaufnahme an, so daß vermutet werden kann, der Geldzinsfuß wird tendenziell steigen.

Sowohl in einer durch Haushalte gesteuerten Ökonomie als auch in einer vermögensgesteuerten Ökonomie wird der Geldzinsfuß zunehmen. In dem einen Fall jedoch in voller Höhe der Inflation, weil es irrational wäre anzunehmen, die Haushalte unterlagen einer Geldillusion, in dem anderen nur um einen Bruchteil der Inflationsrate, weil die Inflation allein allokative Wirkung hat, die Vermögenshalter selbst aber völlig gleichgültig gegenüber Inflation sind.

Eine Inflation in einer vermögensgesteuerten Ökonomie wird erst dann zu stoppen sein, wenn die Geldpolitik erzwungen kann, daß den Geldzinsraten die volle Inflationsrate aufgeschlagen wird. D.h. die Geldpolitik muß erst

einmal die Differenz der allokativen Zinsratenerhöhung zur Inflationsrate überbrücken, um überhaupt in den Bereich tatsächlich wirksamer Antiinflationspolitik zu kommen.[1)]

---

1) Von daher empfiehlt es sich, Wertsicherungsklauseln zuzulassen bzw. vorzuschreiben. Erst unter dieser Voraussetzung wäre ein Inflationsaufschlag auf die Geldzinssätze wahrscheinlich, so daß eine Geldmengenpolitik zur Inflationsbekämpfung Aussicht auf Erfolg hätte.
Die sicherste Wirkung hätten allerdings nicht Wertsicherungsklauseln, sondern die Aufhebung der Tauschmittelfunktion. Wie das Beispiel der Inflation im Deutschen Reich 1923 zeigt, kam die Inflation genau dann zum Stehen, als anstelle der RM Kilowatt-Stunden, Hamburg-Mark oder Bosch-Mark traten, eine Allokation via Vermögenshaltung also unmöglich wurde.

Dynamische und evolutorische Aspekte einer Theorie der Vermögenshaltung

Kapitel VII
Totales Konkurrenzgleichgewicht mit Produktion

(28) Produktion ist ein Prozeß, in dem wohldefinierte Mengen von Gütern zur Herstellung einer wohldefinierten Menge eines Gutes eingesetzt werden. Wegen der Eigenschaft der Produktion, Prozeß zu sein, muß die analytische Darstellung der Produktion einen Verweis auf die Dauer (') der Produktion enthalten:

$$Q\ (t) = \sum_{i} y_i\ (t); \qquad Y_i\ (\tau)$$

wobei t der Zeitindex der Marktperiode ist und $y_i(\tau)$ die Güter bezeichnet, die im Verlauf des Produktionsprozesses untergehen, und $Y_i(t)$ diejenigen, die auch nach Ablauf des Produktionsprozesses noch vorhanden sind und als dieselben identifiziert werden können, die eingesetzt wurden.

(29) Eine der Möglichkeiten, ein gegebenes Vermögen einzusetzen, ist die Verwendung von Gütern in der Produktion. Da Produktion die Verwandlung von bestimmten Gütern in bestimmte andere Güter ist und diese Verwandlung mehr als nur die logische Sekunde der Marktperiode dauert, entspricht eine Vermögenshaltung mittels Produktion einem Darlehengeschäft; nämlich der Hingabe einer bestimmten Warenmenge (inputs) für das Versprechen einer zukünftigen andersgearteten Leistung (output).

---

1) Georgescu-Roegen, N., The Entropy Law and the Economic Process, Cambridge (Mass.), 1971; insbes. S.211-275. In diesem Zusammenhang kommt es nur darauf an, daß die Produktionsfunktion einen Zeitbezug enthält. Eine genauere Beschreibung kann an dieser Stelle unterbleiben.

Da Darlehensgeschäfte auf Güterbasis im Totalen Konkurrenzgleichgewicht nicht möglich sind, da der Preis dieser Darlehen in Geld ausgedrückt werden und eine bestimmte Gütermenge geliefert werden muß, die ebenfalls einen Geldpreis hat, muß eine institutionelle Regelung gefunden werden, die einen der beiden Preise überflüssig macht. Dies soll der Preis des Darlehens sein. Preise von Darlehen sind dann überflüssig, wenn Darlehensnehmer und Darlehensgeber identisch sind. Dies ist für Produktionsdarlehen dann der Fall, wenn die Produzenten keine eigenständige Entscheidungsgewalt über Produktionsprozesse haben, d.h. Vermögenshalter Eigentümer der Produktionsprozesse sind.[1] Das Eigentum der Vermögenshalter an der Produktion an die uneingeschränkte Verfügungsgewalt zu binden, ist notwendig, um jedwede Diskussion über die Entscheidungsgenese zu vermeiden, wie sie etwa bei der Institution der Aktie, als eine Form von Eigentum an Produktion, unvermeidlich wäre. Denn die Aktiengesellschaft muß die eindeutige Verbindung von Eigentum und Verfügungsgewalt zerstören, da ihre Eigentümer ja mehr als nur ein einziger sein sollen. Es ist deshalb sinnvoller, die Aktiengesellschaft als eigenständigen Entscheidungsträger zu behandeln und die Geschäftsanteile als eine spezielle Form des Darlehens an diese Gesellschaft.[2] Die Eigentümer der Aktiengesellschaft sind also nicht die Eigentümer der Produktionsprozesse, sondern Darlehensgeber des Vermögenshalters Aktiengesellschaft. D.h. die Aktiengesellschaften agieren als selbständige Vermögenshalter auch dann, wenn sie juristisch

---

1) Selbstverständlich wäre auch eine Marktorganisation denkbar, wo zwischen Vermögenshaltern und Produzenten nur getauscht wird, also keine Darlehensbeziehungen bestehen. Die Frage ist jedoch, was die Produzenten davon abhalten sollte, Produktion unter dem Vermögenshaltungsaspekt zu betreiben und damit doch wieder Vermögenshalter zu sein.

2) Die Tatsache, daß Darlehen in Aktienform meist einen besser organisierten Markt haben als andere Darlehensarten, sei hier unberücksichtigt.

gesehen Einschränkungen hinnehmen müssen - wie etwa die Vorschrift, nur bestimmte Produktionsprozesse betreiben zu dürfen oder die Institution des Aufsichtsrats.

Die Aktiengesellschaft bzw. ähnliche juristische Personen geben also die Produktionsdarlehen selbst und sind damit Eigentümer der Produktionsprozesse. Die eigentlichen Produzenten, die durch ihre Arbeitskraft (welcher Art auch immer) das Ereignis Produktion erst ermöglichen, haben keine Entscheidungsgewalt über die Produktionsprozesse; sie sind unselbständig. Die Produktion ist eine spezifische Form der Vermögenshaltung.

(48) Die Unselbständigkeit der Produzenten macht es notwendig, die Produzenten als Teil der Güter zu betrachten, die gegen das Darlehen hingegeben werden. Da andererseits Produzenten nicht zu den unter Vermögenshaltern gehandelten Waren gehören und auch von den Vermögenshaltern nicht produziert werden, muß neben dem Markt für Vermögenswerte noch ein Arbeitsmarkt existieren, ein Markt für Konsumgüter und ein Markt für Darlehen, auf dem die Produzentenhaushalte ihre Ersparnisse anlegen können. Die Organisation der Märkte muß dann folgendermaßen aussehen: zu Beginn des Markttages wird der Arbeitsmarkt abgehalten, dann tauschen die Vermögenshalter ihre Waren (Konsumgüter, Produktionsmittel und Darlehen), und am Ende des Markttages werden die Konsumgüter an die Konsumenten verkauft und die Darlehensgeschäfte mit den Konsumenten getätigt.

Die vier Märkte sind nicht durch eine einheitliche Marktorganisation miteinander verbunden. Auf den drei (Partial-) Märkten tauschen immer nur Vermögenshalter mit Konsumenten und Produzenten, nicht aber Konsumenten und Produzenten untereinander. Im Rahmen dieser Arbeit sollen weder diese Märkte für sich noch ihre Kompatibilität untereinander und den Allgemeinen Vermögensmarkt analysiert werden. Allein

die Implikationen einer vermögenstheoretisch gesteuerten Produktion auf dem Markt für Vermögenswerte sind Gegenstand der Untersuchung.[1)]

(31) Die Identität von Darlehensnehmer und Darlehensgeber erlaubt es, eine Ertragsrate zu formulieren, die dimensionsmäßig sinnvoll ist. Der Produktionsfunktion entsprechend wird der Vermögenshalter dem Einsatz von bestimmten Mengen inputs an Arbeit, zirkulierenden und fixen Kapitalgütern[2)] eine bestimmte Menge Ertrag in Form des Produkts und der um die Produktionsperiode gealterten fixen Kapitalgüter zuordnen. Die inputs werden mit den laufenden Preisen bewertet, der physische Ertrag durch die mit ihm verbundenen Einkommenserwartungen repräsentiert. Dann ergibt sich die Ertragsrate mit

$$e = \frac{W_i^T + (W_1^T + \ldots + W_h^T) - (x_1 p_1 + \ldots + x_h p_h + x_{h+1} \cdot p_{h+1} + \ldots + x_q p_q)}{(x_1 p_1 + \ldots + x_h p_h + x_{h+1} p_{h+1} + \ldots + x_q p_q)}$$

---

1) Da die Logik des Wirtschaftens über die Vermögenshaltung konstituiert wird, werden die üblichen Entscheidungskriterien für Konsumtion und Produktion beliebig (wenn auch keineswegs sinnlos); eine Entwicklungstheorie hätte gerade erst zu zeigen, wie Entscheidungskriterien generiert werden in einer durch Vermögenshaltung und Natur fixierten Umwelt. Diese Analyse liegt nicht vor, so daß das Ergebnis der Kompatibilitätsuntersuchungen die schon bekannten ergänzen, aber kaum verbessern dürfte.

2) Deren "Fixiertheit" immer nur in Bezug auf den zugrundeliegenden Produktionsprozeß bestimmbar ist; vgl. Georgescu-Roegen, a.a.O., S.225.

wo W_i^T der dem Produkt zugeordnete Wert (zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Produkts)

$W_1^T (i=1,\ldots,h)$ der den T Jahre älteren fixen Kapitalgütern zugeordnete Wert

$x_i (i=1,\ldots,h)$ die Menge an fixen Kapitalgütern

$x_i (i=h+1,\ldots,q)$ die Menge an zirkulierenden Kapitalgütern

$p_i (i=1,\ldots,q)$ die laufenden Preise der Kapitalgüter sind.

Es wird unterstellt, daß der Vermögenshalter alle inputs zu Beginn des Produktionsprozesses bereitstellt, auch dann, wenn der zeitliche Ablauf des Prozesses einen späteren Einsatz erlaubt.

Mit dieser Konstruktion ist eine Ertragsrate auf Produktionsdarlehen formuliert, die dimensionsmäßig den Ertragsraten der anderen Vermögenshaltungen gleich ist. Die Integration der Produktion in die Logik der Vermögenshaltung scheint damit gesichert.

Die Nichtexistenz von Preisen für Produktionsdarlehen hat jedoch auch dann noch Konsequenzen, wenn die Identität von Darlehensgeber und -nehmer sie bei der individuellen Entscheidungsfindung überflüssig machen. Da keine Preise für Produktionsdarlehen existieren, kann der Vermögenshalter nicht von Marktperiode zu Marktperiode rechnen - er kann das Produktionsdarlehen nicht verkaufen -, sondern muß seine Erwartungen auf das Ende der Produktionsperiode richten, die unter Umständen hunderte von Marktperioden lang sein kann und die darüber hinaus für jeden Produktionsprozeß unterschiedlich ist.[1] Die implizite Zeitdimension derarti-

1) Da Produktion häufig sequentiell betrieben wird (Fabriksystem), so daß in jeder logischen Sekunde (Marktperiode) ein output feststellbar ist, ist dieses Problem realiter gemildert. Für eine Reihe von Produktionen jedoch - Ackerbau, Werften, etc. - und für die gemeinhin als Investition bezeichneten Produktionsprozesse gilt das Problem auch empirisch. Entscheidungslogisch gesehen ist die Tatsache, daß Produktion nach dem Prinzip einer ge-

ger Produktionsdarlehen ist wegen der Nicht-Existenz der Preise für Produktionsdarlehen nicht reduzierbar auf die genuine Zeitperiode der Vermögenshalter: Die Marktperiode des Vermögensmarktes.[1)] Das bedeutet, daß die Ertragsraten der Produktionsprozesse weder untereinander vergleichbar sind, noch mit denen auf Tauschmitteldarlehen u.a. - obwohl sie dimensionsmäßig übereinstimmen.

Die Vergleichbarkeit ist auch nicht dadurch herzustellen, daß die Wertezuordnungen durch Diskontierung bezüglich des Zeithorizonts, der den anderen Ertragsraten zugrundeliegt, eine einheitliche Bezugsgröße erhalten. Da die Diskontierungsrate mit der Gleichgewichtsertragsrate übereinstimmen muß, da sonst die Optimalität der Vermögenspläne nicht gesichert werden kann, wird die Gleichgewichtsertragsrate zum Erwartungsparameter. Denn erst ex post - nach Bekanntwerden des Marktgleichgewichts - kann jeder individuelle Vermögenshalter wissen, wie die Gleichgewichtsertragsrate aussieht. In dem Moment, wo die Gleichgewichtsertragsrate zum Erwartungsparameter wird, kann die Existenz und Eindeutigkeit des Gleichgewichts selbst nicht mehr hergestellt werden. Da die Erwartung einer bestimmten Ertragsrate mit Sicherheit enttäuscht werden wird und deshalb die Vermögenspläne bei einem Marktgleichgewicht nicht mehr optimal sind, werden die Vermögenshalter entweder immer neue Revisionen des Marktgleichgewichts verlangen oder die Nicht-Optimalität ihrer Vermögenspläne hinnehmen. In jedem Fall

---

füllten Pipeline funktionieren kann, so oder so gleichgültig, da das "Funktionieren der Pipeline" von einem kontinuierlichen Absatz abhängt, also bereits voraussetzt, daß in irgendeinem Sinne Gleichgewicht herrscht. Dieses soll aber gerade erst bestimmt werden, darf also nicht als Annahme bereits in die Bestimmung der Ertragsraten eingehen. Zum Bild der Pipeline, vgl. Georgescu-Roegen, N. a.a.O., S.238ff.

1) Dies ist auch die Rechtfertigung für die Unterstellung, daß der Vermögenshalter alle inputs zu Beginn des Produktionsprozesses bereitstellt.

wird das Marktgleichgewicht kein Totales Konkurrenzgleichgewicht mehr sein.

Damit ist die Integration der Produktion in das Totale Konkurrenzgleichgewicht unter Vermögenshaltern endgültig gescheitert.[1] Auch die Identität von Darlehensnehmer und -geber kann diese Integration nicht gewährleisten.

(32) Die Integration der Produktion zerstört die Simultaneität der Märkte: Produktion ist im Rahmen der Vermögenshaltungstheorie nur partialanalytisch zu behandeln. Das bedeutet auch, daß die Implikationen eines Totalen Konkurrenzgleichgewichts unter Vermögenshaltern, wie sie in Kapitel VI beschrieben sind, durch eine Ausdehnung der Analyse auf Produktion unberührt bleiben: Die Möglichkeiten zur Krise ergeben sich (in jeder Marktperiode) aus den Unzulänglichkeiten von Preisen, deren Informationsgehalt nicht ausreicht, die Koordination der Pläne aller Wirtschaftssubjekte zu sichern.

Es muß folglich untersucht werden, wie derartige krisenhafte Impulse (Inflation, Unterbeschäftigung etc.) von einer vermögensgesteuerten Ökonomie absorbiert werden. Eine solche Analyse muß dynamisch sein, da sie die eine Marktperiode überschreitet, das zeitliche Nacheinander von Marktprozessen also voraussetzt. Damit wird die Frage der Erwartungsbildung relevant - und zwar sowohl die der Vermögenshalter als auch die aller anderen Wirtschaftssubjekte. Es müssen folglich Hypothesen darüber gebildet werden, wie solche Erwartungen generiert werden. Häufig wird auf eine explizite Hypothesenbildung verzichtet und mit der Bedingung gearbeitet, daß erwartete und realisierte Größen gleich sind. Diese Methode empfiehlt sich insbesondere dann, wenn es gilt, bestimmte Beziehungen als irrelevant auszuschließen, um damit andere als die momentan interessierenden hervorzuheben.

1) Diese Behauptung stützt sich auf die hier verwendete Fassung des Produktionsprozesses. Bei Verwendung neoklassischer Produktionsfunktionen ließe sich Vermögenshaltung und Produktion integrieren.

Da in einer dynamischen Analyse faktisch alles mit allem verknüpft ist, enthält jede derartige Analyse eine ganze Reihe solcher Gleichgewichtsbedingungen. Es sei deshalb betont, daß Analysen, die solche Bedingungen enthalten, nicht mit Gleichgewichtstheorien zu verwechseln sind. Sie seien daher Gleichgewichtsmodelle genannt. In ihnen wird Gleichgewicht nicht entscheidungslogisch konstituiert, sondern vorausgesetzt - als Behauptung über Realität.

Im Rahmen der folgenden Analyse wird davon ausgegangen, daß die Märkte, auf denen Haushalte als Arbeiter, Konsumenten und Sparer mit Vermögenshaltern interagieren, im Gleichgewicht seien. Die Analyse beschränkt sich auf die Beziehung von Produktion und den Markt für Tauschmittelkredite.

Kapitel VIII

Modelle vermögensgesteuerter Produktion

(33) Die Darstellung der Ertragsrate für Produktionsdarlehen vernachlässigte den Umstand, daß Produktion in jeder Marktperiode abgebrochen werden kann und daß inputs zu verschiedenen Zeitpunkten dem Produktionsprozeß zugeführt werden. Werden diese beiden Momente berücksichtigt, lautet die Ertragsrate

$$e^t = \frac{(W_i^{t+T-\tilde{}} + \sum_{i=1}^{h} W_i^{t+T-\tilde{}}) - \sum_{i=1}^{q} x_i^t \, p_i^t}{\sum_{i=1}^{q} x_i^t \, p_i^t}$$

wo $\tilde{} = 0,1,\ldots,T$ die Zeit angibt, die seit Beginn des Produktionsprozesses verstrichen ist.

In dieser Darstellung wird grundsätzlich jeder durchgeführte Produktionsprozeß zur Investition. Der traditionelle Investitionsbegriff läßt sich aufrechterhalten, wenn nur diejenigen Produktionsprozesse betrachtet werden, für die gilt $\tilde{} = 0$, und nur die Werte derjenigen inputs erfaßt werden, die neue fixe Kapitalgüter sind.

(34) Wie in Kapitel VII ausgeführt, sind die Klassen der Erträge auf Produktionsdarlehen und die Erträge in anderen Vermögensformen nicht vergleichbar, da Preise für Produktionsdarlehen nicht existieren können und auch die Identität von Darlehensnehmer und -geber diesen Mangel auf der Ebene der Entscheidungslogik nicht aufhebt. Die Vermögens-

halter müssen deshalb diesen Unterschied der Vermögensobjekte in irgendeiner Weise berücksichtigen. Folgende Verhaltenshypothese sei den Vermögenshaltern unterstellt: Neben der Ertragsrate e^t bilde der Vermögenshalter die Liquidisierungsertragsrate l^t, die angibt, welche Ertragsrate der Vermögenshalter erwartet, falls er in der nächsten Marktperiode den Produktionsprozeß stoppen würde. Aus beiden werde dann durch Gewichtung eine bereinigte Ertragsrate gewonnen.

$$r^t = \alpha e^t + (1 - \alpha) l^t \quad \text{mit} \quad 0 \leq \alpha \leq 1$$

Je skeptischer ein Vermögensbesitzer der Vermögenshaltung in Produktion gegenüber ist im Verhältnis zu anderen Vermögensformen, desto kleiner wird der Parameter α sein. Es muß betont werden, daß sich der Parameter auf alle Produktionsdarlehen bezieht. Individuelle Unterschiede in der Risikoeinschätzung, etwa der Mais- im Verhältnis zur Weizenproduktion sind damit nicht gemeint; sie sind in den Wertezuordnungen W_i bereits ausgedrückt.

(35) Diese Belastung für Produktionsdarlehen in Form einer speziellen, auf Produktionsdarlehen zugeschnittenen Risikoprämie kann den aufeinanderfolgenden Marktperioden eine bestimmte Richtung geben. Anders als im Modell ohne Produktionsdarlehen bleibt eine nicht erfüllte Erwartung kein singuläres auf eine bestimmte Ware beschränktes Ereignis.

Wird nämlich die Ertragserwartung eines Produktionsdarlehens nicht erfüllt, erschüttert dies nicht nur die Ertragserwartungen aller laufenden Produktionsdarlehen derselben Art, sondern auch die aller anderen Produktionsdar-

lehen(desselben Vermögenshalters). Das bedeutet, daß der Vermögenshalter, dessen Erwartung enttäuscht wurde, in der nächsten Marktperiode seinen Vermögensplan insgesamt in Richtung solcher Waren lenken wird, die keine Risikoprämie aufweisen, zum anderen werden diejenigen Vermögenshalter enttäuscht werden, die ihre Ertragserwartungen auf die Waren gerichtet hatten, die dem enttäuschten Kapitalisten als Vorprodukte seiner Produktion dienten. Auch bei diesen Vermögenshaltern wird es eine generelle Verschiebung im Vermögensplan hin zu den 'liquideren' Vermögensformen geben.

Der andauernde Prozeß einer Substituierung 'illiquiden' Vermögens durch 'liquides' führt ceteris paribus zu einer Preiserhöhung liquider Vermögensobjekte. Dies müßte bei gleichbleibenden Erwartungen zu einer Ertragsratenverminderung führen. Da aber die Halter derartiger Objekte laufend positiv überrascht werden, werden sie die Ertragserwartungen heraufsetzen, so daß der Substituierungsprozeß tatsächlich weiterlaufen kann. Die unmittelbare Folge der Verschiebung der Formen der Vermögenshaltung wird eine Entlassung der Arbeitskräfte sein, deren Beschäftigung ja an dem Zustandekommen von Produktionsdarlehen hängt. Deren Nichtbeschäftigung bewirkt ein Nachlassen der Nachfrage auf dem Konsumgütermarkt, so daß auch auf dieser Seite eine Erwartungsenttäuschung für produzierte Güter einsetzen wird und der Substituierungsprozeß neue Nahrung erhält.

Letztlich ist ein solcher Prozeß darauf zurückzuführen, daß die Vermögenshalter den einzelnen Waren nicht gleichgültig gegenüberstehen, sie nicht nur an ihren Ertragsraten messen, sondern eine bestimmte Klasse von Waren als besonders gefährdet auszeichnen und deshalb zwischen den Objekten dieser Klasse bestimmte Beziehungen herstellen. In einem Modell ohne Produktion bedeutet eine Erwartungs-

enttäuschung eine Substituierung der einen Ware durch irgendeine andere, bleibt damit diffus, und kann deshalb nicht zu genereller Verschiebung der Objekte der Vermögenshaltung führen.

Der Parameter α drückt eine Art Liquiditätsprämie[1] aus, die den generellen Unterschied anzeigt, der für den Vermögensbesitzer im Besitz an Produktionsdarlehen und Tauschmitteldarlehen besteht. Es ist der Unterschied von Rentier- und Unternehmerdasein, der für die dynamische Entwicklung der Ökonomie bedeutsam ist.

(36) Eine andere Möglichkeit, den Zusammenhang von Produktion und Vermögenshaltung darzustellen, besteht darin, den allgemeinen Vermögensmarkt in einen Markt für Geld-darlehen und einen Markt für Konsumgüter und Produktionsmittel zu trennen[2] und damit eine Zweistufigkeit der Entscheidungen zu postulieren.[3]

---

1) Diese Liquiditätsprämie hat insoweit Ähnlichkeit mit der Keynesschen, auch wenn er sie auf ein Gut bezieht - nämlich Geld -, als sich in der Liquidität ein bestimmter Vertrauenszustand bezüglich der Erwartungen ausdrückt. "The liquidity-premium ... is partly similar to the risk-premium, but partly different. - The difference corresponding to the difference between the best estimates we can make of probabilities and the confidence with which we make them." Keynes, John M., The General Theory of Employment, Interest, and Money, London 1936, S.240.

2) Auf beiden Märkten agieren also nur Vermögenshalter, nicht etwa Vermögenshalter und Haushalte bzw. Produzenten.

3) Das hier vorgeschlagene Verfahren ist Clower entlehnt, der mit Hilfe der Zweistufigkeit der Entscheidung eine eigene Keynes-Interpretation zu begründen versucht. Wie das Beispiel deutlich zeigt, kann ein solches Verfahren nicht zur Begründung einer Theorie verwendet werden, denn es ist auf je inkommensurable Theorien anwendbar, nämlich hier auf eine Theorie der Vermögenshaltung, bei Clower auf die neoklassische Theorie. Vgl. Clower, R.W., Die Keynesianische Gegenrevolution: eine theoretische Kritik, in Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 99, 1963, S.8-31.

Dabei wird unterstellt, daß der Gelddarlehensmarkt schneller reagiert als der Markt für Konsumgüter und Produktionsmittel. Die Entscheidungen auf dem Gelddarlehensmarkt geschehen alsoin Erwartung auf die Ergebnisse des anderen Marktes. Dies bedeutet, daß die Ertragsraten der Produktionsdarlehen einerseits nur einen mittelbaren Einfluß auf den Gelddarlehensmarkt haben - nämlich durch die Gelddarlehen, die zum Zwecke der Produktion aufgenommen werden - und andererseits, daß die Ertragsraten nach Ende des Tausches auf dem Gelddarlehensmarkt der Produktionsdarlehen größer oder gleich der (individuellen) Gleichgewichtsertragsrate in Gelddarlehen sein müssen. Insoweit läßt sich dann auch sagen, daß die Ertragsrate für Gelddarlehen die Ertragsraten der Produktionsdarlehen begrenzt und damit die Produktion steuert.

Die Unmöglichkeit, Gleich gewicht auf dem Gelddarlehens- und Produktionsmittelmarkt simultan zu erreichen, führt dazu, daß die Geldmittel, die nach Tausch auf dem Gelddarlehensmarkt im Besitz der Vermögensbesitzer sind, als nicht mehr beeinflußbare Größe zu einer Beschränkung bei den Entscheidungen auf dem Produktionsmittelmarkt werden. Die Reaktionen auf dem Produktionsmittelmarkt haben sich dieser Beschränkung zu fügen, da die Umbewertung der Anfangsbestände an Gelddarlehen nicht mehr möglich ist. In welcher Weise die Vermögensbesitzer auf diese Beschränkung reagieren, ist nach Zerstörung der handlungstheoretischen Grundlage auf dem Markt für Produktionsmittel nicht a priori entscheidbar. Denkbar ist jede Mischung reiner Preis- und reiner Mengenanpassung.[1)]

---

1) Dies impliziert eine Persönlichkeitsspaltung der Vermögenshalter, die als Produzenten etwas wissen, was sie als Gelddarlehenshalter nur vermuten können. Analytisch ist dieses Vorgehen jedoch unumgänglich. Im übrigen dürfte diese Implikation so realitätsfern nicht sein. Die Akteure auf dem Markt für Produktionsmittel werden die Produktionsmöglichkeiten besser einschätzen können, als die Akteure des Gelddarlehensmarktes.

(37) Die Zerstörung der handlungstheoretischen Grundlage des Verhaltens der Vermögensbesitzer als Produzenten erlaubt andererseits, die individuellen Einschätzungen der Ertragserwartungen in der Produktion aufzuheben und davon auszugehen, daß die Ertragsraten gerade die objektiven Gegebenheiten widerspiegeln. Unter diesen Umständen ist die Werterwartung $W_{ik} = W_i$ für alle k in die Komponenten des zu erwartenden Produktionsniveaus und des zu erwartenden langfristigen Angebotspreises zu zerlegen. Unter diesen Bedingungen läßt sich die Ertragsrate eines Gutes als Summe von Mengenänderungs- und Preisänderungsrate fassen und als

$$e_i = \frac{x^{t+T-\tau} - x^t}{x^t} + \frac{p^{t+T-\tau} - p^t}{p^t}$$

schreiben. Da die Vermehrung oder Verminderung des Outputs an Gütern entsprechend den Verhältnissen des zu erwartenden Produktionsniveaus zum augenblicklichen Bestand an Gütern Zeit beansprucht, erfolgt die Anpassung allein über den Preis der Produktionsmittel. Die Preise der Produktionsmittel werden sich so einpendeln, daß die Ertragsraten in Produktionsdarlehen den individuellen Gleichgewichtsertragsraten für Gelddarlehen gleich sind. Die durch den Ausgleich der Ertragsraten induzierten Preisbewegungen sorgen dann dafür, daß die gegebenen Bestände an Gütern entsprechend den Expansionsmöglichkeiten verteilt werden und nicht etwa in der Konsumtion versickern.

Auch in dieser Darstellung, die auf einer expliziten Trennung der Märkte basiert, sind die konjunkturellen und krisenhaften Entwicklungen einer durch Vermögensbesitzer gesteuerten Ökonomie darstellbar. Da die Gleichgewichtsertragsraten der Gelddarlehen die Produktionsseite limitieren und nicht umgekehrt, die Produktionsseite die Gelddarlehensraten bestimmt, muß offenbleiben, ob die Produk-

tionsmöglichkeiten, wie sie sich den Vermögenshaltern als Produzenten objektiv erschließen, und die Vermutungen der Vermögenshalter als Geldverleihshändler zusammenfallen.

(38) Wird vorausgesetzt, daß auch auf dem Markt für Geldverleihen entsprechend der objektiven Produktionsmöglichkeiten entschieden wird, ist die Trennung von Geldverleihsmarkt und Gütermarkt rückgängig gemacht, und die individuellen Unterschiede in den Ertragserwartungen fallen weg. Die Preise für Geldverleihen wandeln sich unter diesen Bedingungen gerade so ein, daß die Ertragsraten der Geldverleihen gleich werden und von der Geldzinsrate gesprochen werden kann. Das bedeutet, daß nicht nur die Ertragsraten auf dem Markt für Konsumgüter und Produktionsmittel alle gleich sind, sondern daß jetzt alle Ertragsraten gleich der Geldzinsrate sind.

Damit ist nicht mehr bestimmbar, ob der Vermögensmarkt die Produktion oder die Produktion den Vermögensmarkt steuert. Im Modell, das die Gleichheit aller Ertragsraten voraussetzt, bzw. als Gleichgewicht diese Gleichheit definiert, ist nicht zwischen Zweck und Mittel der Ertragsgesteuerten Produktion zu konstruieren. Das wäre [illegible] Lösung [illegible] und unsachgemäß! Läßt Raum für eine Vielzahl von Interventionen und -entscheidender- kann von der Klassischen Theorie nicht [illegible] werden.

So [illegible] diese Modell [illegible] als nur [illegible] Version Klassischer Theorie aufzufassen: Ist der Investitionsentscheidung einmal gleich der Geldzins [illegible]. Dann sind die Investitionstemperatur gleich null und die Mengenänderungsraten identisch der Geldzinsrate, [illegible]

anders ausgedrückt: die Expansionsrate der Ökonomie ist in allen Industrien gleich der Profitrate - die objektiven Produktionsmöglichkeiten determinieren das System. Die Vermögensmärkte haben nur im dynamischen Ungleichgewicht Einfluß und sind nur so lange wirksam, wie die Geldzinsrate vorübergehend aufgrund bestimmter Anpassungsprobleme von den Expansionsraten der Industrien abweicht.[1)]

---

1) Wenn es richtig ist, daß Kapitel 17 der 'General Theory' die Quintessenz der Keynesschen Analyse wiedergibt und daß das in Ziff. (38) dargestellte Modell mit dem des Kapitels 17 identisch ist, dann impliziert das oben Gesagte, daß die Keynessche Theorie eine Ungleichgewichtstheorie der Klassik ist. Wenn das Gleichgewicht als Gleichgewicht der Ertragsraten bestimmt ist (Keynes, J.M., a.a.O., S.227. Vgl. aber auch Kaldor, N., Keynes' Theory of the Own-Rates of Interest, in Essays on Economic Stability and Growth, London 1960, S.62), dann läßt sich durch keine Methode deduzieren, daß es eine dieser Ertragsraten sein soll, "... which rules the roost..." (Keynes, J.M., a.a.O., S.223). Diese Frage an spezifischen Gutseigenschaften aufzuhängen, wie den Substitutions- und Produktionselastizitäten von Geld oder Land (Keynes, J.M., a.a.O., S.241) ist nicht zulässig, da die ökonomische Theorie die Existenz solcher Elastizitäten qua Begründung von Angebots- und Nachfragekurven erst zu konstituieren hat. Wäre ein solches Verfahren zulässig, hinge die Vernünftigkeit der Theorie von bestimmten empirischen Bedingungen ab, die ohne Theorie gar nicht faßbar sind.

Kapitel IX

Evolution und Dynamik

(39) Der evolutionäre Gehalt der hier vertretenen Theorie der Vermögenshaltung beruht auf der allgemeinen Vorstellung, daß menschliches Handeln auch Handeln in Bezug auf die Bilder ist, die die Menschen sich von dieser Welt gemacht haben. Da diese Bilder nicht einfach mehr oder weniger gelungene Wiedergaben tatsächlicher, vorfindlicher Realität sind, sondern auch Entwürfe der Ordnungsstruktur dieser Welt beinhalten, ist nicht bestimmbar, welche Objekte und Ereignisse die Elemente derartiger Bilder sind.

In diesem Sinne ist der Terminus "Erwartung", wie er in den vorangegangenen Kapiteln verwendet wurde, nicht besonders glücklich, da er entsprechend dem normalen Sprachgebrauch suggeriert, es ginge hierbei nur um die Zuordnung bestimmter Wahrscheinlichkeiten zu a priori gegebenen Objekten und Ereignissen. Dies ist gerade nicht der Fall. Die Bewertung W_{ik} des i-ten Gutes durch das k-te Wirtschaftssubjekt ist das Ergebnis einer Analyse der Situation, die je nach dem welche Ordnungsstruktur zugrundegelegt wurde, anders ausfällt.

Ein banales Beispiel möge dies erläutern. Ein Hersteller deutschsprachiger Bücher, der die Welt nach dem Vorkommen des Wortes 'Deutsch' in den Staat-Namen ordnet, wird die Möglichkeit in Österreich oder der Schweiz Bücher zu verkaufen, nicht einmal in Erwägung ziehen. Ordnet er hingegen nach sprachlichen Zugehörigkeiten, wird er nicht zögern, den Verkauf in Österreich und der Schweiz zumindest zu erwägen. Im ersten Fall existiert das Ereignis "Verkauferfolg in Österreich" überhaupt nicht, im zweiten ist es auch dann, wenn ihm eine Wahrscheinlichkeit von Null

zugeordnet wird, existent und damit bewertbar.[1)]

Die Welt ist in ihrer Totalität nicht erkennbar, auch nicht für die handelnden Wirtschaftssubjekte. Die Bilder, die sie von der Welt entwerfen, vermitteln stets nur eine partielle Anschauung und sind deshalb letztlich inkompatibel. Daher sind auch die Erwartungen, die Vermögensbesitzer von bestimmten Objekten haben, nicht reduzierbar auf einen gegebenen Zustand oder nähern sich diesem asymptotisch an. Die Handlungen bzw. das Ergebnis der Handlungen der Vermögenshalter besitzen folglich Eigenständigkeit im Verhältnis zur vorfindlichen Realität in Bezug auf die die Handlungen konzipiert werden.

(40) Erst diese Eigenständigkeit des Handlungsergebnisses garantiert, daß die Interaktion von handelnden Subjekten und gegebener Realität nicht zum Stillstand kommt, als je eigene Entitäten erhalten bleiben. Die Handlungen fügen der Realität Neues hinzu oder verändern sie zu etwas anderem, ohne deshalb schon die Realität in ihrer Totalität zu bestimmen, genausowenig wie die Realität die Handlungen so determiniert, daß ihr Ergebnis mit der Realität zur Deckung kommt. Dank der handelnden Subjekte generiert die "Anpassung" an die Realität die Veränderung dieser Realität. Damit wird die Welt das Objekt menschlicher Handlungen, ohne deshalb eine bestimmte Richtung zu erhalten, ohne deshalb teleologisch fundiert zu sein. Die Welt ist damit analytisch als evolutionäre gefaßt.

---

1) Die Beschränktheit jeder Theorie rationaler Erwartung beruht auf diesem Phänomen. Da die Erwartungsbildung nur in Bezug auf gegebene Felder von Objekten und Ereignissen rational sein kann und seien diese noch so abstrakt formuliert, beinhaltet jede Theorie der rationalen Erwartungsbildung schon einen Entwurf von dieser Welt und oktroyiert ihn den handelnden Subjekten als den richtigen.

Der Vergleich mit der biologischen, d.h. nach wie vor Darwinschen Evolutionstheorie zeigt, daß dasselbe methodische Vorgehen den evolutionären Charakter sichert: Der Zufall generiert unabhängig von jeder gegebenen Umwelt neue und veränderte Objekte, die als Bestandteil der Welt für veränderte Realität sorgen. Würde dieser Inhalt von der Umwelt her bestimmbar sein oder die veränderten Objekte als Anpassung auf die Umwelt verstanden (Lamarck), müßte die Welt in stationären Kategorien gefaßt werden, sie wäre als evolutionäre nicht beschreibbar. Von daher ergibt sich auch die Unversöhnlichkeit der Darwinistischen und Lamarckschen Evolutionstheorie. Evolutionstheorie ist keine Frage der Richtigkeit (vielleicht haben die Giraffen ja tatsächlich so lange Hälse, weil die Bäume so hoch sind), sondern des methodischen Vorgehens.
Dieses methodische Vorgehen gestattet es, Fortbestand eines Objekts und seine Veränderung als Merkmale derselben Struktur auszuweisen.

Im übrigen zeigt die Lamarcksche Position, daß es im Rahmen einer Handlungstheorie nicht genügt, den Zufall einzuführen, um damit eine Evolutionstheorie zu kreieren. In einer Welt gegebener Ereignisse und Zustände muß auch der Zufall überwindbar sein und erfahrbarsein können. Es erschwert vielleicht die Anpassung an das Gegebene, verhindert diese Anpassung aber nicht.

(41) In den Handlungstheorien klassischer und neoklassischer Provinienz sind die Handlungen bezogen auf die Produktionsbedingungen bzw. die Güterbestände und Nutzenvorstellungen der Individuen. Da diese Objekte gleichzeitig Handlungsrahmen und gegebener Bestandteil der Realität sind, ergibt sich keine Notwendigkeit zwischen Realität und Bild der Realität zu trennen. Das Ergebnis der Handlungen führt zur Übereinstimmung von individueller

Vorstellung und Realität, das Ergebnis ist perfekte Anpassung.

Selbstverständlich kennen die einzelnen Wirtschaftssubjekte nicht die Bestände, Präferenzvorstellungen und Produktionsbedingungen der anderen. Insoweit scheint eine Erwartungsbildung denkbar. Im Rahmen der Gleichgewichtstheorie aber sind derartige Konstruktionen unzulässig; die Figur des Auktionators soll ja gerade zeigen, daß es nur die Momente der Knappheit bzw. Produktionsbedingungen sind, die den Wert von Gütern bestimmen und nicht etwa die Einflüsse von Zeit und Raum. Die Explikation der Logik des Gütertausches soll ja gerade die Unabhängigkeit von irgendwelchen Elementen der Erwartung, des Risikos usw. darlegen. Es ist deshalb vernünftig, daß Probleme der Erwartungsbildung in der klassischen und neoklassischen Theorie erst ein Rahmen der dynamischen Analyse, den jeweiligen Ungleichgewichtstheorien relevant werden. Wird etwa die Simultaneität der Märkte aufgehoben, so daß ein Nacheinander der Märkte entsteht, oder wird im Rahmen einer Marshallschen Partialanalyse die Preis-Mengen-Reaktion in eine Preis-Reaktion und eine anschließende Mengen-Reaktion aufgespalten, dann müssen für den jeweils nachfolgenden Teil Erwartungen gebildet werden. Dabei kann es, je nachdem wie gut die Erwartungsbildung unter gegebenen Umständen ausfällt, zu Reaktionen kommen, die instabile Anpassungsprozesse bewirken. In diesen Fällen wären Realität und Handlungsergebnis inkongruent. Eine solche Inkongruenz begründet jedoch keinen evolutionären Prozeß, da die Art der Interaktion mit der Realität offenbleiben muß. Es handelt sich sozusagen um die Pathologie der Ökonomie, nicht um die Norm ihrer Existenz. Die Norm wird in der Gleichgewichtstheorie expliziert, nicht in der auf dieser aufbauenden Ungleichgewichtstheorie. Nur wenn die Norm den evolutionären Charakter aufweist, enthält ihn auch die Ungleichgewichtstheorie.

Zusammenfassung

Diese Arbeit ist der Versuch, eine neue Werttheorie zu begründen. Der Wert der Güter bestimmt sich durch den Tausch der Güter unter Vermögenshaltern, deren Erwartungen über den zukünftigen Wert von Gütern den heutigen Tauschwert determinieren. Da dieser zukünftige Wert nicht gewußt werden kann, ist er als logisch unabhängige Basis der Güterbewertung zulässig, obwohl es sich um eine Wert- bzw. Einkommensgröße handelt: Die auf dem Vermögensmarkt getauschten Mengen sind allein eine Funktion der Preise.

Die Erwartungen der Vermögenshalter richten sich dabei auf mögliche Verkäufe der getauschten Güter an Haushalte, Produzenten oder den Wiederverkauf in späteren Perioden des Vermögensmarktes. Sie versuchen also, sich einer gedachten, vermuteten Realität anzupassen. Da diese Vermutungen zu Gütertäuschen auf dem Vermögensmarkt führen, die für die Haushalte und Produzenten wiederum Daten sind, bedeutet diese Anpassung der Vermögenshalter an die Realität die Herstellung einer Realität, die von der vorfindlichen Realität (Nützlichkeit von Gütern, Produktionsbedingungen etc.) verschieden ist. Diese Konstruktion erlaubt es, eine von Vermögenshaltern gesteuerte Ökonomie als evolutionär zu bezeichnen. Die hier vorgetragene Theorie ist eine Theorie ökonomischer Evolution.

Das Selbstverständnis der Wirtschaftswissenschaft, das - vom neoklassischen Denken geprägt - sich als Endpunkt einer Entwicklung versteht, die alle Aspekte ökonomischer Theorie und Realität einschließt, läßt den Versuch eine andere Werttheorie zu begründen als zumindest überflüssig erscheinen - so überflüssig wie die Werttheorie der Klassik, die als Teil der Neoklassischen Theorie begriffen

wird. Diese Haltung verkennt, daß die neoklassische Handlungstheorie sowenig eine Begründung dafür liefern kann (und darf), daß es die Haushalte und deren Nutzenüberlegungen sind, die die Ökonomie steuern, wie die Klassische Theorie für die Behauptung, die Produktionsbedingungen bestimmten den Wert von Gütern. In beiden Fällen und selbstverständlich auch für die Logik des Gütertausches unter Vermögenshaltern gilt, daß die Werttheorien und damit die in ihnen als allein relevant angesehenen Wirtschaftssubjekte und deren Entscheidungskalküle anthropologische Grundannahmen sind, die die Norm von Ökonomie angeben.

Durch keine Methode läßt sich sichern, daß diese Grundannahmen dem Wesen der Ökonomie entsprechen. Die Werttheorien sind die Instrumente, mit denen Realität einzufangen versucht wird. Nur der Erfolg der Instrumente kann lehren, ob die richtige Wahl getroffen wurde, nicht die Realität selbst, denn diese soll ja gerade erst erfahren werden.

Literaturverzeichnis

Arrow, K.J., Hahn, F.H., General Competitive Analysis, San Francisco 1971.

Clower, R.W., Die Keynesianische Gegenrevolution: eine theoretische Kritik, in Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 99, 1963, S.8-31.

Feyerabend, P.K., Wider den Methodenzwang, Skizze einer anarchistischen Erkenntnistheorie, Frankfurt/M. 1976.

Georgescu-Roegen, N., The Entropy Law and the Economic Process, Cambridge, Mass. 1971.

Kaldor, N., Keynes' Theory of the Own-Rates of Interest, in Essays on Economic Stability and Growth, London 1960, S.59-74.

Keynes, John. M., The General Theory of Employment Interest and Money, London 1936, S.240.

Möbes, H.-J., Schmid-Schönbein, Th., Einkommen im Totalen Konkurrenzgleichgewicht der Neoklassik, mimeo, Berlin 1977.

Robinson, J., The Economics of Hyper-Inflation, in Collected Economic Papers, Vol. I, Oxford 1960, S.69-77.

Samuelson, Paul A., Foundations of Economic Analysis, Cambridge, Mass. 1963[7].

Schumpeter, Joseph A., History of Economic Analysis, Oxford 1961[4].

Sraffa, P., Warenproduktion mittels Waren, übers.v.J. Behr, Berlin 1968.

Walras, Léon, Elements of Pure Economics, transl. by W.Jaffé, London 1954.

Lebenslauf

Am 14. Februar 1943 wurde ich als Sohn der Frau Lenchen Schmid in Tübingen geboren.

Von 1949 bis 1953 besuchte ich verschiedene Volksschulen in Baden-Württemberg und von 1953 bis 1960 eine Reihe von Gymnasien und Ober-Realschulen in Baden-Württemberg und Bayern, die ich mit Mittlerer Reife abschloß. Von 1961 bis 1964 unterzog ich mich einer Lehre bei der Bayerischen Vereinsbank München. Von 1964 bis 1966 war ich als Bankkaufmann tätig. Herbst 1966 legte ich mein Abitur am Gisela-Gymnasium in München ab.

Im Wintersemester 66/67 und Sommersemester 67 studierte ich in Tübingen, vom WS 67/68 bis WS 70/71 an der FU-Berlin Volkswirtschaftslehre, wo ich 1971 das Diplom für Volkswirte erwarb.

Vom Sommer 1971 bis Frühjahr 1976 war ich Assistent am Institut für Theorie der Wirtschaftspolitik der FU-Berlin. Seit April 1976 bin ich am Modellversuch Wirtschaftswissenschaft am FB 10 der FU-Berlin als wissenschaftlicher Angestellter mit Lehraufgaben in Volkswirtschaftslehre tätig.

Gesamtherstellung: REPROTECHNIK, 1 Berlin 12, Hardenbergplatz 11